

Zwischen Prekarität und Institutionalisierung

Eine Bestandsaufnahme der Rassismusforschung
in Deutschland (2015–2025)



Kooperationspartner





Zwischen Prekarität und Institutionalisierung

Eine Bestandsaufnahme der Rassismusforschung
in Deutschland (2015–2025)

Aisha-Nusrat Ahmad, Roman-Koska Aslan, Roian Haußner und Samira Jani

INHALT

Was ist das Wissensnetzwerk Rassismusforschung?.....	1
Zusammenfassung	3
1. Rassismusforschung in Deutschland – ein Überblick.....	5
2. Bestandsaufnahme der Rassismusforschung in Deutschland	9
2.1 Methodisches Vorgehen	9
2.2 Ist-Zustand	10
2.3 Orte der Rassismusforschung	12
2.4 Disziplinäre Einbettung	13
2.5 Forschungsförderung	14
3. Themen der Rassismusforschung in Deutschland (2015–2025).....	16
3.1 Institutioneller Rassismus.....	17
3.2 Kolonialismus	17
3.3 Bildung.....	18
3.4 Kunst und Kultur	19
3.5 Recht	20
3.6 Erinnerungskultur.....	21
3.7 Flucht und Migration	21
3.8 Medien und Kommunikation.....	22
3.9 Polizei	23
3.10 Gesundheit.....	23
3.11 Forschung zu spezifischen Rassismen	24
3.11.1 Antiziganismus / Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze	24
3.11.2 Antimuslimischer Rassismus.....	26
3.11.3 Anti-Schwarzer Rassismus.....	27
4. Leerstellen der Rassismusforschung in Deutschland	29
5. Ausblick: Potenziale der Institutionalisierung	31
6. Handlungsempfehlungen	32
Literatur	35

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADS.....	Antidiskriminierungsstelle des Bundes
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
BA.....	Bachelor of Arts
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMBFSFJ.....	Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFJSFJ.....	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMFTR.....	Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
BMI	Bundesministerium des Innern
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CERD	Committee on the Elimination of Racial Discrimination
CSU.....	Christlich-Soziale Union in Bayern
DAAD	Deutscher Akademische Austauschdienst
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DeZIM.....	Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung
DFG.....	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DIK.....	Deutsche Islam Konferenz
ERC.....	European Research Council
EVZ	Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft
FFVT	Verbundprojekt „Flucht- und Flüchtlingsforschung: Vernetzung und Transfer“
FGZ.....	Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt
FoDiRa.....	Forschungsverbund Diskriminierung und Rassismus
InRa.....	Verbundstudie „Rassismus als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kontext ausgewählter gesellschaftlich-institutioneller Bereiche“
KI	künstliche Intelligenz
MA	Master of Arts
MWS	Max Weber Stiftung
NaDiRa	Nationaler Diskriminierungs- und Rassismusmonitor
NS.....	Nationalsozialismus
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
SED.....	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB.....	Sonderforschungsbereich
SPD.....	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPP.....	Schwerpunktprogramm
UEM	Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit
UKA	Unabhängige Kommission Antiziganismus
WinRa	Wissensnetzwerk Rassismusforschung
Wi-REX.....	Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung

Was ist das Wissensnetzwerk Rassismusforschung?

Das Wissensnetzwerk Rassismusforschung (WinRa) ist ein bundesweites und interdisziplinär ausgerichtetes Verbundvorhaben zur strategischen Stärkung und Vernetzung der Rassismusforschung in Deutschland. Es wurde 2023 im Rahmen der Umsetzung der Maßnahme 67 des Maßnahmenkatalogs des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ins Leben gerufen und wird bis Ende 2027 durch das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) auf Grundlage der Förderrichtlinie „Aktuelle und historische Dynamiken von Rechtsextremismus und Rassismus“ gefördert.

Neben der Gesamtkoordination und -leitung (Leitung: Dr. Aisha-Nusrat Ahmad, Koordination: Roman-Koska Aslan) am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) besteht WinRa aus vier Regionalnetzwerken, die jeweils disziplinäre Schwerpunkte setzen und die regionale Vernetzung von Forschungsinfrastrukturen intendieren:

- **Regionalnetzwerk Nord (Hamburg):** *Recht, Geschichte und Rassismus* (Sprecher: Prof. Dr. Mehrdad Payandeh; Co-Sprecher: Prof. Dr. Jürgen Zimmerer; Koordination: Parissa Rahimian, Dr. Daniel-Thabani Ncube)
- **Regionalnetzwerk Ost (Magdeburg-Stendal / Berlin):** *Gesellschaftskritik, Gesundheit und Rassismus* (Sprecherin: Prof. Dr. Maisha Auma; Co-Sprecherin: Prof. Dr. Gökçe Yurdakul)
- **Regionalnetzwerk Süd (Mannheim / Bayreuth):** *Wirtschaft, Statistik und Rassismus* (Sprecherin: Prof. Dr. Irena Kogan; Co-Sprecher: Prof. Dr. Stefan Ouma; Koordination: Jule Schabinger)
- **Regionalnetzwerk West (Bielefeld / Lüneburg):** *Bildung, Lernen und Rassismuskritik* (Sprecher: Prof. Dr. Paul Mecheril; Co-Sprecher: Prof. Dr. Serhat Karakayalı; Koordination: Dr. Liesa Rühlmann)

WinRa zielt darauf ab, die noch stark fragmentierte Landschaft der Rassismusforschung in Deutschland systematisch zu erfassen, zu bündeln und nachhaltig auszubauen. Dabei versteht sich das Netzwerk als infrastruktureller und intellektueller Knotenpunkt, der disziplinäre, institutionelle und geografische Trennlinien innerhalb der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Rassismus(kritik)¹ überwinden will. WinRa verfolgt den Zweck, bestehende Forschungsperspektiven zu vernetzen, neue thematische Felder zu erschließen und damit zur theoretischen wie method(olog)ischen Weiterentwicklung der Rassismusforschung beizutragen.

Ein verstärktes Augenmerk des Wissensnetzwerks liegt auf der Förderung interdisziplinärer Ansätze, die unterschiedliche Fachdisziplinen – etwa Rechtswissenschaft, Soziologie, Erziehungswissenschaft, Soziale Arbeit, Geografie, Wirtschaftswissenschaften und Geschichtswissenschaft – in einen produktiven Austausch bringen. Zugleich trägt die räumliche Fokussierung der vier Regionalnetzwerke dazu bei, spezifische gesellschaftliche, historische, politische und wissenschaftliche Kontexte in den Blick zu nehmen und so die Vielfalt rassismuskritischer Forschungspraxis in Deutschland sichtbarer zu machen und zu verknüpfen.

¹ Rassismuskritik bezeichnet eine Perspektive, Haltung und Praxis, die rassistische Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse sowie deren ideologische Legitimierungen systematisch analysiert und kritisiert, um Machtasymmetrien abzubauen und gesellschaftliche Veränderung hin zu Gleichberechtigung und Teilhabe zu fördern.

Besondere Bedeutung kommt ebenfalls der strukturierten Einbindung von Nachwuchswissenschaftler*innen zu, deren Perspektiven gezielt gefördert und institutionell gestärkt werden sollen. Darüber hinaus setzt sich WinRa für eine enge Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie auch für die systematische Integration communitybasierter Wissensproduktion ein. Ziel ist es, epistemische Hierarchien innerhalb der Wissenschaft kritisch zu hinterfragen und rassismuskritische Forschung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Hochschule als gesellschaftlich relevantes Handlungsfeld zu etablieren (WinRa 2025). Damit strebt WinRa unter anderem an, Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem fassbarer zu machen.

Zusammenfassung

Die vorliegende Bestandsaufnahme des Wissensnetzwerks Rassismusforschung analysiert systematisch die Forschung zu Rassismus an deutschen Hochschulen im Zeitraum 2015 bis 2025. Die Untersuchung liefert eine empirische Grundlage zur Erfassung der strukturellen Gegebenheiten und thematischen Schwerpunkte in diesem Forschungsfeld. Darauf aufbauend lassen sich strategische Empfehlungen für eine nachhaltige strukturelle Verankerung der Rassismusforschung ableiten. Die zentralen Ergebnisse verdeutlichen: Rassismusforschung in Deutschland weist trotz inhaltlicher Vielfalt signifikante Defizite in der institutionellen Absicherung und nachhaltigen Wissenschaftsförderung auf.

Ist-Zustand der Rassismusforschung in Deutschland (2015–2025)

- **Mangel an Professuren:** Bei über 52.000 Professuren in Deutschland führen derzeit lediglich drei eine explizite Denomination im Bereich Rassismusforschung.
- **Fehlende Exzellenzförderung:** Es fehlt die Etablierung eines Schwerpunktprogramms (SPP) oder eines Sonderforschungsbereichs (SFB) der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), das sich auf der Ebene der Exzellenzförderung explizit mit Rassismusforschung befasst.
- **Fehlende Studiengänge:** Es existieren keine eigenständigen Studiengänge zur Rassismusforschung, vielmehr wird sie zumeist als Randaspekt anderer Disziplinen behandelt.
- **Schwache und ereignisgetriebene Förderung:** Die Rassismusforschung ist derzeit nur schwach institutionalisiert. Im gesamten Untersuchungszeitraum konnten lediglich 173 drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte an deutschen Hochschulen identifiziert werden. Die gezielte Förderung bleibt prekär und ereignisgetrieben: Ein deutlicher Anstieg neu gestarteter Projekte in den Jahren 2022 (47) und 2023 (30) sank 2024 wieder rapide auf das Niveau von 2019 (14 Projekte).

Leerstellen und Desiderate

Insbesondere in folgenden Feldern deckt die Bestandsaufnahme Forschungslücken auf:

- **Eklatante Leerstellen** in der Rassismusforschung existieren in den Bereichen Wohnen, Arbeit/Arbeitsmarkt, Gesundheit, künstliche Intelligenz (KI) / algorithmische Systeme, Gaming und E-Sport sowie Sport. Ebenso fehlen systematische Analysen zu Klima, Umweltgerechtigkeit und Rassismus. Zu spezifischen Rassismen – anti-Schwarzem Rassismus, Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze, antiosteuropäischem und antiasiatischem Rassismus – besteht dringender Forschungsbedarf, auch im Kontext der genannten Bereiche.
- **Disziplinäre Desiderate:** In den Wirtschaftswissenschaften, Geografie, Ethnologie, Kulturwissenschaft und den Kunstwissenschaften konnten kaum dezidiert rassismuskritische Projekte gefunden werden. In der Rechtswissenschaft besteht ein dringender Bedarf an zivil- und strafrechtswissenschaftlicher Rassismusforschung.

Handlungsempfehlungen

Um die Rassismusforschung dauerhaft zu etablieren und strukturell zu stärken, sind zu-
vorderst folgende Maßnahmen erforderlich:

- **Konsolidierung der Förderarchitektur:** Es empfiehlt sich, eine mehrjährige und eigenständige BMFTR-Förderrichtlinie für Rassismusforschung einzurichten, die neben Verbundprojekten ausdrücklich Infrastruktur- und Transfermodule unterstützt. Zudem sind auf DFG-Ebene entsprechende Schwerpunktprogramme und Sonderforschungsbereiche nötig, um das Feld langfristig und in der Tiefe zu entwickeln.
- **Ausbau der strukturellen Verankerung von Rassismusforschung an Hochschulen:** In zentralen Disziplinen (u. a. Rechts-, Medizin-/Public-Health-, Erziehungswissenschaft, Soziologie) braucht es Professuren mit expliziter Denomination. Darüber hinaus sollten interdisziplinäre Forschungszentren Forschung, Datenhaltung und Transfer bündeln.
- **Karrierewege und Nachwuchssicherung:** Nachwuchsgruppen sollen mit klaren Tenure-Track-Modellen² ausgestattet werden, um eine Verstetigung von Personal zu ermöglichen.
- **Curriculare Verankerung:** Zudem muss der Bereich Rassismusforschung verbindlich in die Curricula einschlägiger Disziplinen (insbesondere Erziehungswissenschaft, Medizin, Soziologie, Soziale Arbeit, Rechtswissenschaft sowie Medien- und Kommunikationswissenschaft) integriert werden.

² Tenure-Track beschreibt ein Verfahren in akademischen Karrierewegen an Hochschulen, das die Aussicht beinhaltet, nach einer befristeten Bewährungszeit eine unbefristete Professur zu erhalten.

1. Rassismusforschung in Deutschland – ein Überblick

Rassismus wirkt auf mehreren Ebenen³ – mit alltäglichen wie langfristigen Folgen – und verstärkt bestehende Ungleichheiten in zentralen Lebensbereichen wie Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Wohnen und Sicherheit. Wissenschaftliche Forschung zu Rassismus liefert die evidenzbasierte Grundlage, um unter anderem wirksame politische Maßnahmen zu entwickeln.

In Deutschland wurde der Rassismusbegriff lange Zeit in erster Linie mit dem Nationalsozialismus assoziiert. Daraus folgte eine starke Engführung, die Rassismus vorrangig als außergewöhnliches und explizites Gewaltphänomen begreift, die strukturellen und institutionellen Ebenen rassistischer Diskriminierung jedoch unsichtbar macht(e). Zugleich wurde Rassismus so zu einem Problem der Vergangenheit erklärt. Eine Rassismusanalyse mit kritischem Blick auf die gegenwärtige Einwanderungsgesellschaft in ihrer Gesamtheit hat in Deutschland daher eine recht kurze Geschichte. Dennoch entwickelte sich bereits in den 1970er Jahren eine kritische Rassismusforschung in Deutschland, die nicht zuletzt feministischen, migrantischen und Schwarzen Bewegungen entsprang. Erwähnenswert ist auch der Kongress „Rassismus und Migration in Europa“, der 1990 in Hamburg mit über 1.000 Teilnehmenden und Beiträgen internationaler Rassismusforscher*innen stattfand und heute als Initialzündung für eine originär deutsche Rassismusforschung gelten kann (vgl. Bojadžijev 2022). Einen weiteren Meilenstein in der Bündelung, Entwicklung und Förderung kritischer Ansätze in Deutschland stellte nicht zuletzt die Initiierung der „FG DeKolonial e.V. – Fachgesellschaft für rassismuskritische, postkoloniale und dekoloniale Theorie und Praxis“ ab 2019 dar. Insgesamt lässt sich konstatieren, dass sich die Rassismusforschung in Deutschland, insbesondere im internationalen Vergleich, erst relativ spät entwickeln konnte und aufgrund der fehlenden institutionellen Absicherung bis heute stark ereignisgetrieben bleibt. Dies schlägt sich aktuell in der Förderlogik sowie der finanziellen und institutionellen Ausstattung der Forschung zu diesem Thema nieder.⁴

Der rechtsterroristische Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019, der antisemitisch und rassistisch motivierte Anschlag in Halle (Saale) im Oktober 2019, der Jana Lange und Kevin Schwarze das Leben kostete, sowie der rassistische Terroranschlag in Hanau im Februar 2020, bei dem neun junge Menschen mit Einwanderungsgeschichte – Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüç, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov – ermordet wurden, haben die öffentlichen Debatten über Rassismus in Deutschland deutlich intensiviert. Die rassistischen und antisemitischen Anschläge in Hanau und Halle markierten eine Zäsur in der Auseinandersetzung mit Rassismus in Deutschland.

Die politische Antwort auf die antisemitischen und rassistischen Anschläge von Halle und Hanau, den Mord an Walter Lübcke sowie die weltweiten Black-Lives-Matter-Proteste bestand in der Einberufung des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. Daran

³ Die Wissenschaft, aber zunehmend auch die mediale Öffentlichkeit unterscheiden zwischen individuellem, institutionellem und strukturellem Rassismus (vgl. Expert*innenrat Antirassismus 2025: 6), wobei die Abgrenzung insbesondere zwischen institutionellem und strukturellem Rassismus nicht immer einheitlich erfolgt. Der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) definiert individuellen Rassismus als „Einstellungen und rassistische[] Handlungen, die sich in der persönlichen Interaktion im Alltag ereignen [...] Institutioneller Rassismus wird in den Strukturen und Abläufen von gesellschaftlichen Institutionen hergestellt [...] Der strukturelle Rassismus betrifft das gesamte gesellschaftliche System (z. B. Rechtsvorstellungen, politische Strukturen und ökonomische Verhältnisse) und bezieht sich auf Diskriminierung [...] in verschiedenen Bereichen wie Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung oder Strafjustiz.“ (Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung 2023: 38f.)

⁴ Ausführlicher zur Forschungsförderung im [Abschnitt 2.5](#)

anschließend verabschiedete die Bundesregierung im Mai 2021 den Abschlussbericht des Kabinettausschusses, der einen Maßnahmenkatalog mit 89 Punkten zur Stärkung von Forschung und Prävention enthielt, Sicherheitsbehörden, Justiz und Zivilgesellschaft adressierte und zum Ziel hatte, die gesetzlichen Grundlagen für den Kampf gegen Hasskriminalität zu erweitern. In der Folge wurden mehrere größere Projekte bzw. Forschungsverbände zur Rassismusforschung durch Bundesministerien etabliert, die jeweils, mit teils unterschiedlicher institutioneller Anbindung, verschiedene inhaltliche Ausrichtungen verfolgten.

Mit der Einrichtung des vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) geförderten Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa) am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung wurde im Jahr 2020 erstmals die systematische und quantitative Erfassung von Rassismus durch wissenschaftliche Studien mit einer langfristigen Perspektive angestoßen. Seitdem erhebt der NaDiRa mit seinem multimethodischen Forschungsdesign empirisch belastbare Daten zu Diskriminierung und Rassismus. Die in Maßnahme 49 des Maßnahmenkatalogs des Kabinettausschusses geforderte „dauerhafte Förderung eines Rassismus- und Antidiskriminierungsmonitors mit perspektivischer Überführung in die institutionelle Förderung des DeZIM-Instituts“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020: 7) konnte indes bisher nicht realisiert werden.

In den Jahren 2021 bis 2023 konnten auf Grundlage des Maßnahmenkatalogs drei größere Forschungsverbände etabliert werden, die sich jeweils mit spezifischen Dimensionen der Erforschung von Rassismus auseinandersetzen. Der ebenfalls vom damaligen, inzwischen umbenannten Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderte und in der DeZIM-Forschungsgemeinschaft angesiedelte Forschungsverbund Diskriminierung und Rassismus (FoDiRa) startete im April 2022 und hatte zum Ziel, quantitative Methoden zur Untersuchung von Diskriminierung sowie Rassismus weiterzuentwickeln. FoDiRa untersuchte systematisch zentrale Bereiche, in denen im Alltag rassistische Vorurteile entstehen, sich reproduzieren oder verstärken können. An dem Projektverbund, das zu den grundlegenden Lebensbereichen Bildung, Arbeit und Gesundheit forschte und Schwerpunkte beim Sport, Internet und den (sozialen) Medien setzte, waren zehn Projekte an sechs Standorten mit mehr als 35 Forscher*innen beteiligt. Das FoDiRa-Projekt lief im Dezember 2024 aus und konnte aufgrund einer fehlenden Anschlussfinanzierung nicht weitergeführt werden.

Im Oktober 2021 war zudem die Verbundstudie „Rassismus als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kontext ausgewählter gesellschaftlich-institutioneller Bereiche“ gestartet. Die kurz InRa („Institutionen & Rassismus“) genannte Studie wurde bis 2024 vom damaligen Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) gefördert. Im Rahmen der InRa-Studie untersuchten Wissenschaftler*innen in 23 Einzelprojekten an acht Standorten des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) institutionelle rassistische Wissensbestände, deren Tradierung und Auswirkungen auf das Handeln von Behörden. Aus der Forschung gingen Handlungsempfehlungen für die Praxis hervor. Der Abschlussbericht der InRa-Studie ist jedoch mit Stand November 2025 noch nicht veröffentlicht.

Mit der Förderrichtlinie „Aktuelle und historische Dynamiken von Rechtsextremismus und Rassismus“, die auch der Etablierung von WinRa zugrunde liegt (siehe Abschnitt [Was ist das Wissensnetzwerk Rassismusforschung?](#)), schuf das BMFTR (damals Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF) 2023 erstmals eine Struktur zur Erforschung von Ursachen, Funktionsweisen und Dynamiken von Rassismus. Die Förderrichtlinie fördert bis Ende 2027 Einzel- und Verbundvorhaben an Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen in ganz Deutschland unter anderem zu den Themen Rassismus in der Justiz, im Gesundheitswesen, in der Schule sowie zu Rassismus und Medien. Die Forschungspro-

jekte werden neben WinRa auch vom Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX) begleitet. Ergänzt wird die die Förderrichtlinie durch die Förderung von fünf Nachwuchsgruppen im Rahmen der Rechtsextremismus- und Rassismusforschung, darunter drei Nachwuchsgruppen zur Rassismusforschung.

Über die oben genannten Forschungsverbünde hinaus setzte das BMI insbesondere zu Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze und Muslimfeindlichkeit größere Expert*innenkommissionen ein, die diese Phänomene eingehend beforsteten. Im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode vereinbarten die Koalitionsparteien (CDU/CSU und SPD), eine bundesweite Kommission „zum Thema Antiziganismus“ (Bundesregierung 2018: 119) in Deutschland einzusetzen. Sie konstituierte sich im März 2019 als von der Bundesregierung einberufene und vom BMI geförderte Unabhängige Kommission Antiziganismus (UKA). Die UKA untersuchte bis Juni 2021 Erscheinungsformen von rassistischer Diskriminierung gegen Rom*nja und Sinti*zze in Deutschland und erarbeitete erstmals in der 600-jährigen deutschen Geschichte der Sinti*zze und Rom*nja eine umfassende Bestandsaufnahme zu antiziganistischen Einstellungen in der Gesellschaft. Der Bericht *Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation der Unabhängigen Kommission Antiziganismus* (2021) dokumentiert Antiziganismus aus unterschiedlichen Perspektiven und formuliert sechs zentrale Forderungen: die Berufung einer*ines Beauftragten gegen Antiziganismus und die Einsetzung eines unabhängigen Beratungskreises, die Schaffung einer ständigen Bund-Länder-Kommission, die umfassende Anerkennung des nationalsozialistischen Genozids an Sinti*zze und Rom*nja, die Einsetzung einer Kommission zur Aufarbeitung des an Rom*nja und Sinti*zze begangenen Unrechts in der BRD, die Anerkennung von geflüchteten Rom*nja als besonders schutzwürdige Gruppe sowie die Umsetzung und Verstetigung von Partizipationsstrukturen (ebd.: 14ff.).⁵

Der vom BMI einberufene und aus Mitteln der Deutschen Islam Konferenz (DIK) finanzierte Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (UEM) nahm im September 2020 seine Arbeit auf, hatte den Auftrag, aktuelle und sich wandelnde Erscheinungsformen von Muslimfeindlichkeit in Deutschland zu analysieren und Handlungsempfehlungen für die Bekämpfung und Prävention von Muslimfeindlichkeit zu erarbeiten. Der 2023 veröffentlichte Abschlussbericht *Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz* des UEM stützt sich auf eigens durchgeführte wissenschaftliche Studien, die polizeiliche Kriminalstatistik und Dokumentationen von muslimfeindlichen Vorfällen durch Antidiskriminierungsstellen, Beratungsstellen und NGOs. Dem Bericht schließen sich Handlungsempfehlungen an, die sich an Akteure aus Politik, Verwaltung und (Zivil-)Gesellschaft richten: unter anderem die Einrichtung eines Sachverständigenrats, die Ernennung einer*ines Bundesbeauftragten für Muslimfeindlichkeit, der Ausbau von Beratungs- und Meldestellen mit Expertise für Muslimfeindlichkeit sowie eine diesbezügliche Überarbeitung von Lehrplänen in den Schulen. Ebenso wird die verstärkte Initiierung und Förderung von rassismuskritischen Studien zu Muslimfeindlichkeit empfohlen, einschließlich der Unterstützung anwendungsorientierter Grundlagenforschung und praxisbegleitender Forschung zu Maßnahmen gegen Muslimfeindlichkeit, bspw. durch entsprechende Förderrichtlinien des BMFTR.⁶

Abschließend lässt sich festhalten: Die politische Auseinandersetzung mit Rassismus und seinen gravierenden Folgen hat deutlich an Sichtbarkeit gewonnen und erste Impulse in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit gesetzt. Sichtbar wurde dies unter anderem in der Einberufung des Kabinettsausschus-

⁵ Für weitere Informationen zur im Rahmen des UKA durchgeführten Forschung sowie zur Forschung zum Thema Antiziganismus / Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja siehe [Abschnitt 3.11.1](#)

⁶ Für weitere Informationen zur im Rahmen des UEM durchgeführten Forschung sowie zur Forschung zum Thema antimuslimischer Rassismus siehe [Abschnitt 3.11.2](#)

ses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus sowie im Mai 2021 im verabschiedeten Abschlussbericht mit einem 89 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog, der Forschung und Prävention stärken sowie Sicherheitsbehörden, Justiz und Zivilgesellschaft adressieren sollte. In der Folge wurden mehrere größere Projekte und Forschungsverbände zur Rassismusforschung mit unterschiedlichen institutionellen Anbindungen aufgelegt. Zugleich bleibt die nachhaltige Institutionalisierung der Rassismusforschung, etwa in Form verlässlicher Strukturen, Professuren und langfristiger Förderlinien, weiterhin aus, wie das folgende Kapitel zeigt.

2. Bestandsaufnahme der Rassismusforschung in Deutschland

Die Erfassung und Analyse des aktuellen Stands der Rassismusforschung in Deutschland bildet eine zentrale Aufgabe des Wissensnetzwerks Rassismusforschung. Ziel ist es, durch die systematische Bestandsaufnahme ein differenziertes und möglichst umfassendes Bild der vorhandenen Strukturen und Akteure in diesem Bereich für Deutschland zu generieren. Diese empirische Grundlage ermöglicht es, bestehende Lücken, Herausforderungen und Entwicklungspotenziale zur weiteren Stärkung der Rassismusforschung zu identifizieren und darauf aufbauend strategische Empfehlungen für eine langfristige Verankerung rassismuskritischer Forschung und Lehre an Hochschulen und außeruniversitären wissenschaftlichen Institutionen zu formulieren.

2.1 Methodisches Vorgehen

Für die systematische Bestandsaufnahme der Rassismusforschung wurden zwischen 2023 und 2025⁷ alle deutschen Hochschulen anhand ihrer offiziellen Webauftritte betrachtet. Untersucht wurden alle Hochschultypen – darunter staatliche Universitäten, Fachhochschulen, theologische Hochschulen, private Hochschulen, Verwaltungsfachhochschulen und Kunsthochschulen⁸. Im Rahmen dessen wurden Forschungs- und Veröffentlichungssektionen, Professur-Profile sowie projektbezogene Unterseiten dahingehend untersucht, ob Schwerpunkte auf rassismuskritische Forschung und eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus gelegt werden.

Die gewählte Methodik⁹ ermöglicht eine vergleichende Analyse der deutschen Hochschullandschaft, um die institutionelle Verankerung und thematische Ausgestaltung rassismuskritischer Forschung¹⁰ systematisch zu erfassen. Innerhalb der einzelnen Einrichtungen werden darüber hinaus die zentralen Funktionsbereiche „Forschung“ und „Lehre“ differenziert und jeweils gesondert ausgewertet:

- **Forschung:** Laufende und abgeschlossene drittmittelgeförderte Projekte im Zeitraum von 2015 bis 2025, die sich explizit oder implizit mit Rassismus befassen, werden in Bezug auf disziplinäre Kontexte, methodische Zugänge und institutionelle Rahmenbedingungen erfasst. So lassen sich inhaltliche Vielfalt, thematische Lücken und Förderbedarfe der gegenwärtigen Forschungslandschaft zu Rassismus identifizieren sowie bestehende Aktivitäten effektiver vernetzen.

⁷ Der Erhebungszeitraum für die systematische Bestandsaufnahme erstreckte sich von April 2023 bis März 2025.

⁸ Forschungsprojekte, die außerhalb von Hochschulinstitutionen durchgeführt wurden, fanden in dieser Bestandsaufnahme keine Berücksichtigung. Zur Erfassung dieser ist im Wissensnetzwerk Rassismusforschung eine eigenständige Analyse geplant.

⁹ Im ersten Schritt wurden im Rahmen einer Desktoprecherche mithilfe der Schlagworte „Rassismus, Rassismuskritik/rassismuskritisch(e), Migration, interkulturell, Diversity, Postkolonial/Postcolonial, Diskriminierung, Intersektionalität, Empowerment“ bundesweit u. a. Forschungsprojekte an deutschen Hochschulen identifiziert, um diese anschließend auf eine dezidierte Auseinandersetzung mit dem Forschungsgegenstand Rassismus(kritik) bzw. rassistischer Diskriminierung zu prüfen. Die gewählte Vorgehensweise hat jedoch ihre Grenzen: Erfasst werden konnten nur Inhalte, die auf Hochschulwebseiten öffentlich zugänglich und auffindbar sind; veraltete, unvollständige oder selten aktualisierte Seiten können zu Lücken führen.

¹⁰ Es besteht kein einheitliches Verständnis von Rassismus und Rassismuskritik. Auch im WinRa-Netzwerk zeigt sich ein Spektrum, das von einem weiten bis zu einem engen Begriffsrahmen reicht. Gleiches gilt für die erfassten Forschungsprojekte: Sie umfassen zum einen Studien, die ausdrücklich mit dem Rassismusbegriff und dem Konzept der Rassismuskritik arbeiten, zum anderen Projekte, die nicht explizit von Rassismus sprechen, sondern Begriffe wie „(ethnische) Diskriminierung“ oder „migrationsgesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse“ zur Bestimmung ihres Gegenstands verwenden. Diese Studien sind nicht immer als Rassismusforschung im engeren Sinne zu verstehen, ihre Befunde liefern jedoch wichtige Impulse und Anschlussstellen für eine rassismustheoretische Perspektive und sind daher für das Feld relevant.

- **Lehre:** Für das akademische Jahr 2023 wurden für die Bundesländer¹¹ Hamburg, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen exemplarisch Lehrveranstaltungen und ihre curriculare Verankerung erfasst, die rassismuskritische Perspektiven integrieren. Neben der Quantität standen die inhaltliche Ausrichtung und disziplinäre Einbindung im Fokus, um den Grad der curricularen Verankerung abzubilden.¹² Darüber hinaus wurde 2025 eine breit angelegte Umfrage über den Verteiler der Hochschulrektorenkonferenz an alle Hochschulen in Deutschland versendet. Der Rücklauf fiel mit knapp 10 % vergleichsweise gering aus.¹³

Insgesamt folgt die Bestandsaufnahme damit einem Analyseansatz, der institutionelle, personelle und inhaltliche Dimensionen systematisch erfasst. Dadurch werden der aktuelle Stand der rassismuskritischen Forschungslandschaft, strukturelle Bedingungen, thematische Schwerpunkte und bestehende Herausforderungen sichtbar. Durch die Kombination dieser Analyseebenen ergibt sich ein umfassendes Bild, wo und auf welche Weise sich deutsche Hochschulen mit rassismuskritischen Fragestellungen und der dazugehörigen Forschung auseinandersetzen. Die Ergebnisse bilden eine empirische Grundlage, um Perspektiven für eine nachhaltige Forschungsinfrastruktur aufzuzeigen, bestehende Initiativen gezielt zu vernetzen und zukünftige Aktivitäten im Rahmen des Wissensnetzwerks Rassismusforschung und darüber hinaus strategisch weiterzuentwickeln.

2.2 Ist-Zustand

Die vorliegende Analyse zeigt, dass die Rassismusforschung in Deutschland vielfältig ist, was ihre disziplinäre, thematische und methodische Ausrichtung betrifft. Allerdings ist sie bislang nur schwach institutionalisiert.

Für den Zeitraum zwischen 2015 und 2025 konnten im Rahmen der WinRa-Bestandsaufnahme insgesamt 173 drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte identifiziert werden.¹⁴ Angesichts der gesellschafts- und demokratiepolitischen Relevanz des Themas und der seit langem vorhandenen wissenschaftlichen Expertise und Kompetenz in Deutschland stellt diese vergleichsweise geringe Zahl ein deutliches Defizit dar und unterstreicht den dringenden Bedarf nach struktureller Förderung und nachhaltiger Sichtbarmachung rassismuskritischer Forschungsaktivitäten¹⁵. Die Analyse macht zudem deutlich, dass eine beträchtliche Zahl an Vorhaben im Bereich der Rassismusforschung vor dem Hintergrund fehlender institutioneller bzw. finanzieller Ressourcen außerhalb hochschulischer Institutionen

¹¹ Aufgrund der begrenzten Ressourcen hat jedes WinRa-Regionalnetzwerk für ein Bundesland in der jeweiligen Region schlaglichtartig das Lehrangebot an den Hochschulen untersucht.

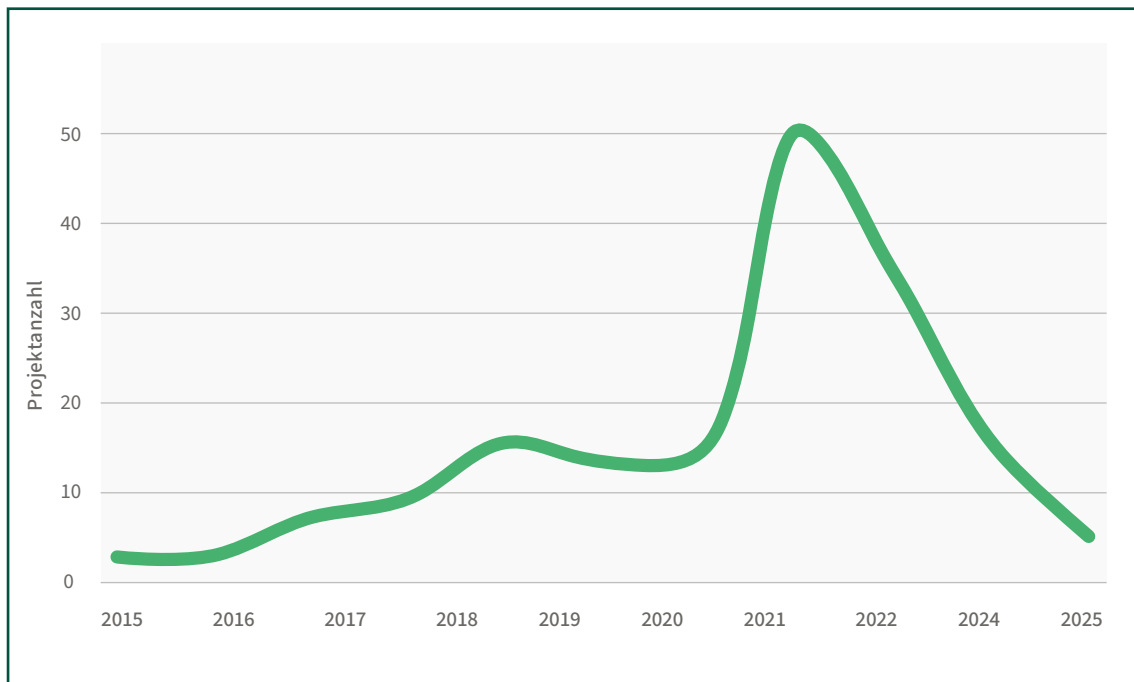
¹² Eine detailliertere Analyse des Lehrangebots zu Rassismus(kritik) kann den disziplinären Analysen des WinRa entnommen werden, die die vorliegende Bestandsaufnahme ergänzen. Sie erfolgten in den Disziplinen Soziologie, Soziale Arbeit, Rechtswissenschaft, Geschichtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaft und Geografie. Vgl. <https://www.winra.org/wissensarchiv/details/bestandsaufnahme>

¹³ Die niedrige Rücklaufquote erlaubt keine verlässlichen, generalisierbaren Schlussfolgerungen über die Lehre zu Rassismus(kritik) an deutschen Hochschulen insgesamt.

¹⁴ In die Auswertung einbezogen wurden sowohl bereits abgeschlossene als auch zum Zeitpunkt der Erhebung noch laufende Forschungsprojekte. Berücksichtigt wurden ausschließlich drittmittelgeförderte Forschungsprojekte an deutschen Hochschulen.

¹⁵ Der direkte Vergleich zu angrenzenden Forschungsfeldern wie etwa der Fluchtforschung verdeutlicht, dass die Rassismusforschung in Deutschland quantitativ relativ schwach aufgestellt ist: Das ebenfalls vom BMFTR geförderte Verbundprojekt „Flucht- und Flüchtlingsforschung: Vernetzung und Transfer“ (FFVT) umfasste in den Jahren 2012–2023 insgesamt 691 Forschungsprojekte. Siehe hierzu <https://ffvt.net/>

Abbildung 1. Start von Forschungsprojekten zu Rassismus(kritik) pro Jahr (2015–2025)



oder ohne Drittmittelfinanzierung, zum Beispiel durch Eigenmittel des jeweiligen Lehr- oder Fachbereichs oder auf der Ebene von Promotions- oder Habilitationsvorhaben, durchgeführt werden.

Innerhalb des Erhebungszeitraums konnte mit 50 neu gestarteten Forschungsprojekten im Jahr 2022 ein deutlicher Anstieg der Forschung zu Rassismus(kritik) und rassistischer Diskriminierung beobachtet werden (siehe [Abbildung 1](#)). Dieser Trend blieb im Jahr 2023 mit 30 neu gestarteten Forschungsprojekten zunächst stabil. Die Zahl neu gestarteter Forschungsprojekte sank jedoch in den Folgejahren bereits wieder rapide ab und befand sich 2024 mit 14 gestarteten Projekten auf dem Niveau von 2019. Für das Jahr 2025 ist ein weiterer Abfall zu beobachten. Diese Entwicklung zeigt, wie prekär und ereignisgetrieben die Forschung zu Rassismus(kritik) bisher gefördert wird. Weiterhin fehlt eine nachhaltige finanzielle Absicherung der Rassismusforschung, was einmal mehr die Notwendigkeit einer nachhaltig institutionalisierten Rassismusforschung in Deutschland unterstreicht.

Derzeit existieren keine eigenständigen Studiengänge, die sich dezidiert mit Rassismus und rassismuskritischer Theorie auseinandersetzen. Vielmehr wird der Gegenstand – wenn überhaupt – als Teilaspekt innerhalb benachbarter Felder wie etwa der Migrationsforschung, den Gender Studies oder der Ungleichheitsforschung behandelt. Auch auf der Ebene wissenschaftlicher Exzellenzförderung zeigt sich ein erheblicher Mangel: Bislang wurden weder ein Schwerpunktprogramm¹⁶ noch ein Sonderforschungsbereich¹⁷ eingerichtet, die sich explizit mit Rassismusforschung befassen.

¹⁶ Ein Schwerpunktprogramm, kurz SPP, der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist ein in der Regel auf sechs Jahre angelegtes, thematisch fokussiertes Verbundvorhaben, an dem mehrere Forschungseinrichtungen beteiligt sind. Die Teilnahme erfolgt über projektbezogene Anträge der Wissenschaftler*innen an die DFG. Über die Einrichtung entscheidet der Senat der DFG, wenn für ein Forschungsfeld ein besonderer Erkenntnisgewinn durch koordinierte, standortübergreifende Zusammenarbeit zu erwarten ist.

¹⁷ In Deutschland bezeichnet ein Sonderforschungsbereich, kurz SFB, eine langfristige (bis zu zwölf Jahre), interdisziplinäre Forschungskoooperation an einer Universität, die von der DFG finanziert wird.

Besonders deutlich wird das Defizit bei der Betrachtung von Professuren mit entsprechender Denomination¹⁸: In Deutschland gibt es derzeit mehr als 52.000 Professuren (Statistisches Bundesamt 2025). Aktuell existieren bundesweit jedoch lediglich drei Professuren, die explizit Rassismusforschung im Titel oder thematischen Kern führen. Professuren sind ein wichtiger Indikator für die institutionelle Verankerung des Themenfeldes innerhalb der Hochschullandschaft. Die drei Professuren sind an folgenden Hochschulen, in diesen Disziplinen und mit diesen Denominationen angesiedelt:

- **Evangelische Hochschule Bochum:** Professur für Sozialwissenschaften und Rassismusforschung (im Studiengang Soziale Arbeit)
- **Universität Bielefeld:** Professur für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Rassismus- und Differenzforschung (am Institut für Erziehungswissenschaft)
- **Universität Osnabrück:** Professur für Sozialpädagogik mit Schwerpunkt Rassismusforschung (am Institut für Erziehungswissenschaft)

Die geringe Zahl an Professuren mit entsprechender Denomination verdeutlicht, dass Rassismus(kritik) als eigenständiges Forschungsfeld trotz einer zunehmenden gesellschaftlichen Sensibilisierung für rassistische Strukturen und Diskriminierung bislang kaum institutionell abgesichert ist. In der Folge bleibt die Rassismusforschung häufig ein Randbereich anderer wissenschaftlicher Kontexte und Diskursfelder, was ihre Sichtbarkeit und nachhaltige Entwicklung erheblich erschwert.

2.3 Orte der Rassismusforschung

Die Rassismusforschung in Deutschland ist stark fragmentiert. Dies veranschaulicht auch eine räumliche Analyse der Rassismusforschung. Die regionale Verteilung der 173 identifizierten Forschungsprojekte der Rassismusforschung zeigt eine deutliche Konzentration von Projekten im Bundesland Berlin (siehe [Abbildung 2](#)). Hier lassen sich 47 der Forschungsprojekte feststellen, deutlich mehr als in Nordrhein-Westfalen, das mit 29 Forschungsvorhaben auf Platz zwei folgt. Auf den weiteren Plätzen mit einer vergleichsweise höheren Zahl an erfassten Forschungsvorhaben befinden sich Baden-Württemberg (19) und Niedersachsen (15). Auf den unteren Plätzen sind vorwiegend kleinere Bundesländer mit einer geringeren Hochschuldichte. Auffällig ist jedoch, dass sich auch größere Bundesländer wie Bayern oder Hessen ebenfalls bestenfalls im Mittelfeld dieser Rangliste wiederfinden.

Die Verteilung der 173 Forschungsprojekte auf Hochschularten zeichnet ebenfalls ein deutliches Bild. Mit 146 Projekten an Universitäten liegen diese deutlich an der Spitze (siehe [Abbildung 3](#)). Dies ist insofern wenig überraschend, als rassistische Diskriminierung vorwiegend in den Geistes- und Sozialwissenschaften erforscht wird, wodurch viele Hochschulen, zum Beispiel technisch orientierte, keine oder kaum entsprechende Forschungsprojekte aufweisen. Auch die weiteren Hochschultypen verfügen nur über eine geringe rassismuskritische Forschungsdichte.

Mit Blick auf die Hochschulen, die die meiste Forschung im Feld Rassismus(kritik) aufweisen, schneiden die Universität Bielefeld sowie die Freie Universität Berlin am stärksten ab: Hier konnten jeweils

¹⁸ Die Denomination einer Professur bezeichnet die offizielle Benennung und thematische Ausrichtung einer Professur an einer Hochschule oder Universität. Sie legt fest, in welchem wissenschaftlichen Fachgebiet oder Schwerpunktbereich die Professur verortet ist, und signalisiert damit zugleich die inhaltliche Zuständigkeit innerhalb von Forschung und Lehre. Die Denomination ist ein zentrales Kriterium zur Einordnung fachlicher Profile im Hochschulkontext.

zwölf Projekte zu Rassismusforschung identifiziert werden. Dies liegt vermutlich an bereits vorhandenen Strukturen in diesem Bereich. Den dritten Platz belegt die Europa-Universität Flensburg mit acht Projekten.

Abbildung 2. Forschungsprojekte zu Rassismus(kritik) nach Bundesländern

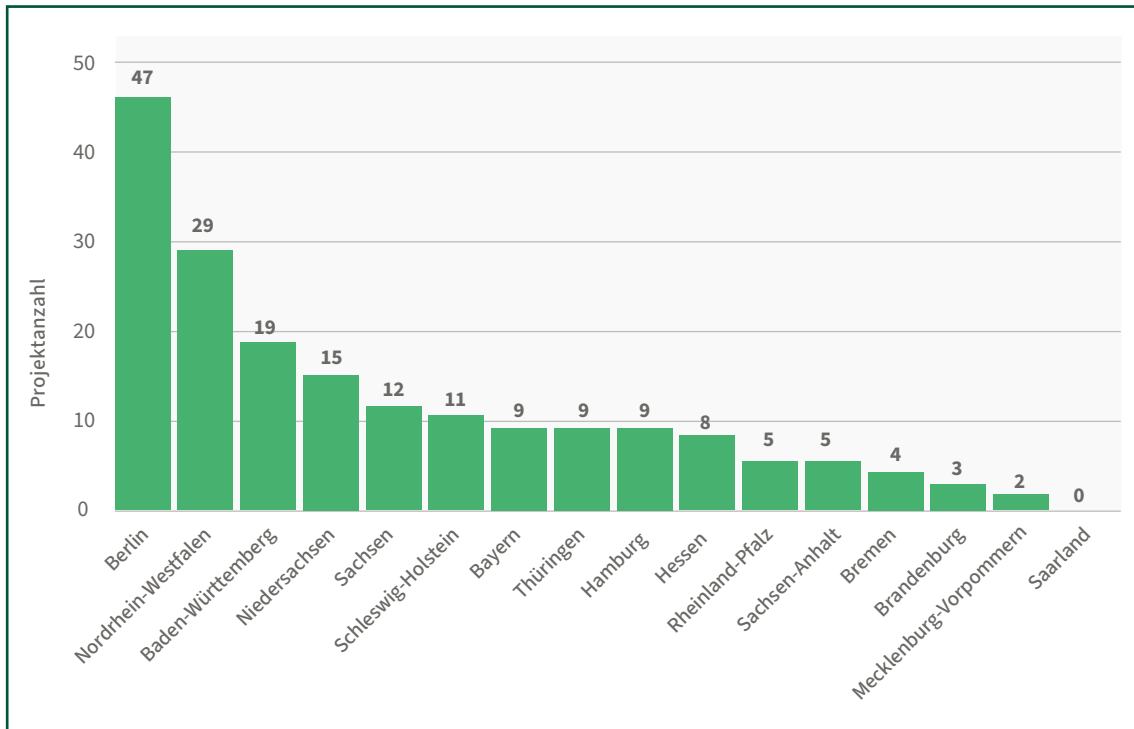
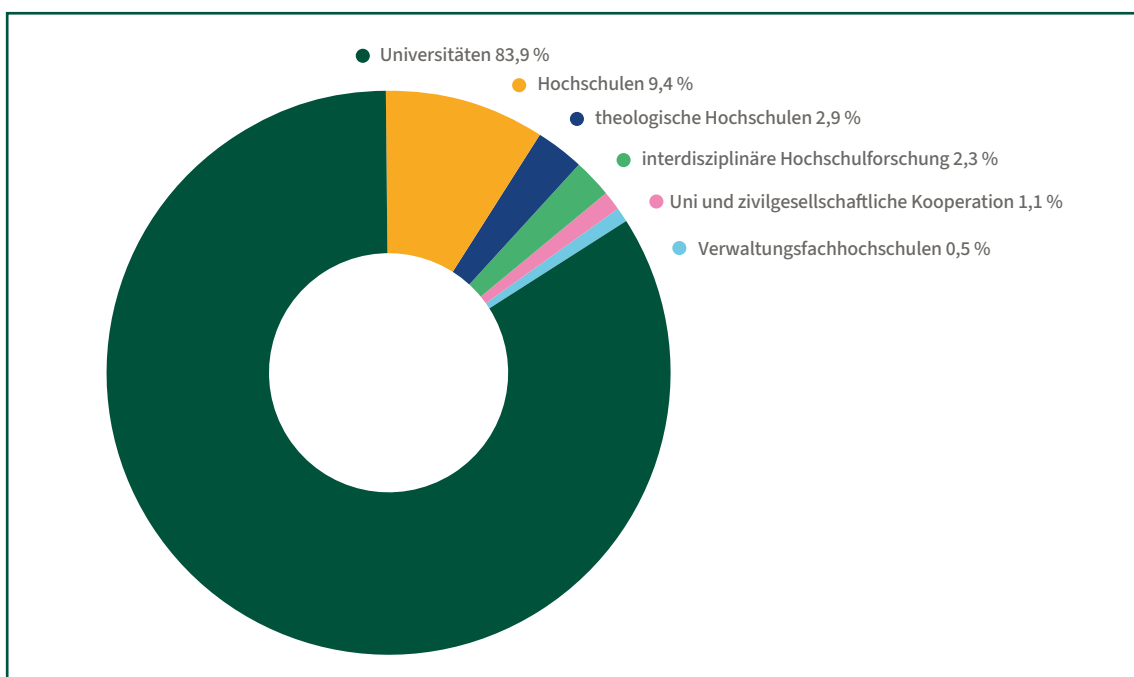


Abbildung 3. Forschungsprojekte zu Rassismus(kritik) nach Institutionen

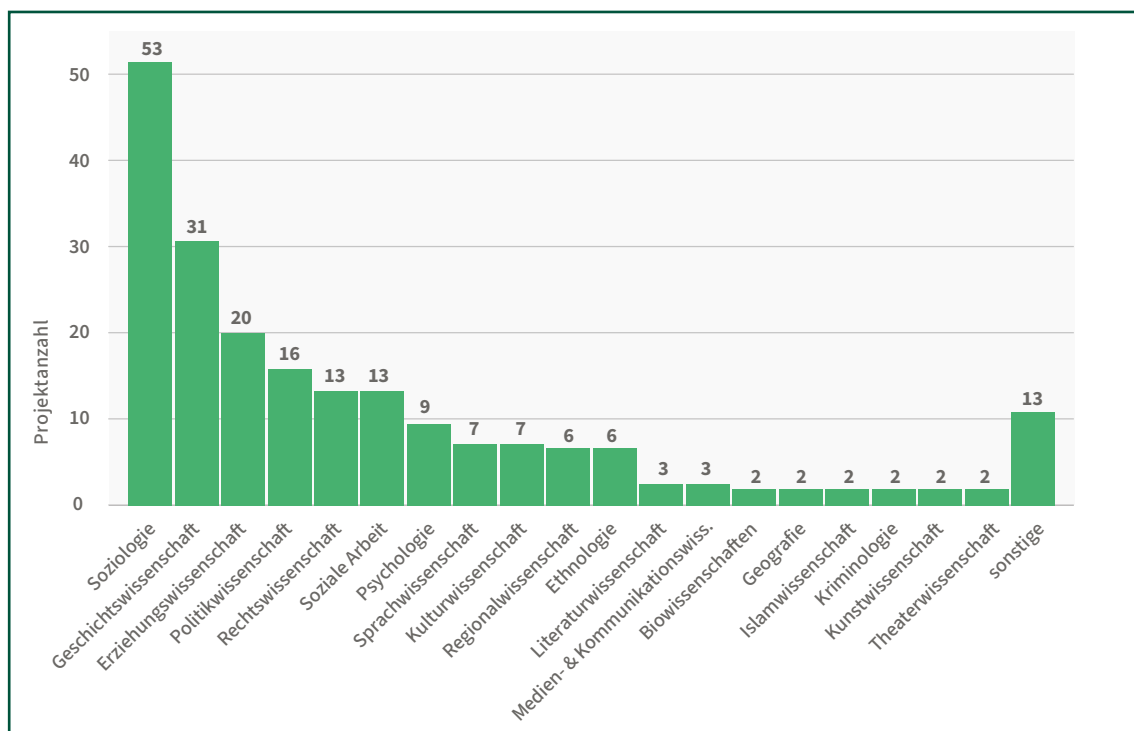


2.4 Disziplinäre Einbettung

Die Rassismusforschung in Deutschland stützt sich auf ein breites Spektrum disziplinärer Perspektiven. Dieser Vielfalt trägt auch die Struktur des Wissensnetzwerks Rassismusforschung Rechnung, das mit sieben beteiligten Fachdisziplinen interdisziplinär ausgerichtet ist.

Die im Rahmen der WinRa-Bestandsaufnahme erfassten 173 Forschungsprojekte konnten verschiedenen Fachdisziplinen zugeordnet werden. In zahlreichen Fällen waren Mehrfachzuordnungen erforderlich, da eine klare disziplinäre Abgrenzung nicht immer eindeutig vorzunehmen bzw. das Forschungsvorhaben per se interdisziplinär angelegt war. Demnach wird Rassismus in Deutschland aus einer Vielzahl disziplinärer Perspektiven heraus beforscht, die sich in ihren Ansätzen, Methoden und theoretischen Grundlagen häufig ergänzen, um der Komplexität des Forschungsgegenstandes gerecht zu werden.

Abbildung 4. Forschungsprojekte zu Rassismus(kritik) nach Disziplinen



➔ **Anmerkung:** Da bei zahlreichen Projekten Mehrfachzuordnungen erforderlich waren, ergibt die Summe der Projekte nach Disziplinen mehr als 173.

Eine disziplinäre Auswertung der erfassten Forschungsprojekte zeigt, dass die Soziologie mit 53 erfassten Forschungsvorhaben im Erhebungszeitraum 2015–2025 die mit Abstand forschungsstärkste Disziplin der Rassismusforschung in Deutschland war, gefolgt von der Geschichtswissenschaft (31) und der Erziehungswissenschaft (20) (siehe [Abbildung 4](#)). Die Soziologie zeichnet sich insbesondere durch eine große thematische Bandbreite und damit durch eine hohe Anschlussfähigkeit an andere Disziplinen aus. Sie ist überdurchschnittlich häufig an interdisziplinären Projekten beteiligt und nutzt ein breites Spektrum methodischer Zugänge. Die Geschichtswissenschaft befasst sich vor allem intensiv mit Fragen des (De-)Kolonialismus und weist ebenfalls eine hohe thematische Anschlussfähigkeit auf. In der Erziehungswissenschaft bildet vor allem das Themenfeld Schule und Bildung einen Schwerpunkt.

Weitere Disziplinen, in denen eine vergleichsweise hohe Zahl an Forschungsvorhaben festgestellt werden konnte, sind die Politikwissenschaft, die Rechtswissenschaft, die Soziale Arbeit, die Psychologie, die Kulturwissenschaften sowie die Ethnologie.¹⁹

Auffällig ist, dass Disziplinen, in denen das Thema Rassismus international traditionell stark verhandelt wird, wie etwa die Ethnologie oder Kulturwissenschaften, mit sechs bzw. sieben Projekten in Deutschland weniger Forschungsprojekte als erwartet aufweisen (siehe [Abbildung 4](#)). Ähnliche Leerstellen können in der (Human-)Medizin markiert werden, in der kaum Forschungsvorhaben zu Rassismus identifiziert werden konnten. Auch die in der Ungleichheitsforschung etablierte Psychologie weist mit neun Projekten eine vergleichsweise geringe disziplinäre Auseinandersetzung mit Rassismus(kritik) auf.

2.5 Forschungsförderung

Die Forschung zu Rassismus(kritik) in Deutschland fand in der Vergangenheit zumeist unter prekären Bedingungen statt, war unzureichend ausgestattet und wurde daher zum Teil außerhalb der Akademie und communitybasiert auf zivilgesellschaftlicher Ebene durchgeführt. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, die Rassismusforschung für die Zukunft nachhaltig und robust aufzustellen, um diese weniger abhängig von politischen Konjunkturen zu machen, ihre internationale Anschlussfähigkeit zu sichern und Strukturen für die Nachwuchsförderung zu etablieren.

Aus diesem Grund gilt ein besonderes Augenmerk der WinRa-Bestandsaufnahme der Finanzierung von rassismuskritischer Forschung. Ziel der Analyse ist es, einen umfassenden Überblick über die Förderstruktur der Rassismusforschung zu gewinnen, um mögliche Potenziale für die Finanzierung zukünftiger Forschungsvorhaben und die Weiterentwicklung der Forschungsinfrastruktur zu erkennen.

Eine Analyse der Finanzierung der 173 erfassten Forschungsprojekte zeichnet ein deutliches Bild: Die Rassismusforschung wird in Deutschland zum größten Teil durch öffentliche Mittel des Bundes getragen (87). Dies ist insofern nicht verwunderlich, als größere Förderrichtlinien zum Thema Rassismus(kritik) bisher ausschließlich von staatlichen Institutionen des Bundes ausgeschrieben wurden, darunter die FoDiRa-Studie, die InRa-Studie oder die Förderrichtlinie des BMFTR zu Rechtsextremismus und Rassismus (siehe auch [Kapitel 1](#)). Unter den Institutionen auf Bundesebene stechen folglich insbesondere das BMFTR, das BMI sowie das BMBFSFJ als große Mittelgeberinnen heraus. Überdies tritt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) mit zehn geförderten Projekten als bedeutende Mittelgeberin in Erscheinung.

Eine weitere wesentliche Finanzierungsquelle für die Rassismusforschung in Deutschland stellt die öffentliche Forschungsförderung, insbesondere die DFG, dar. Diese fördert mit 41 Forschungsvorhaben von allen erfassten Mittelgeberinnen die meisten Projekte.

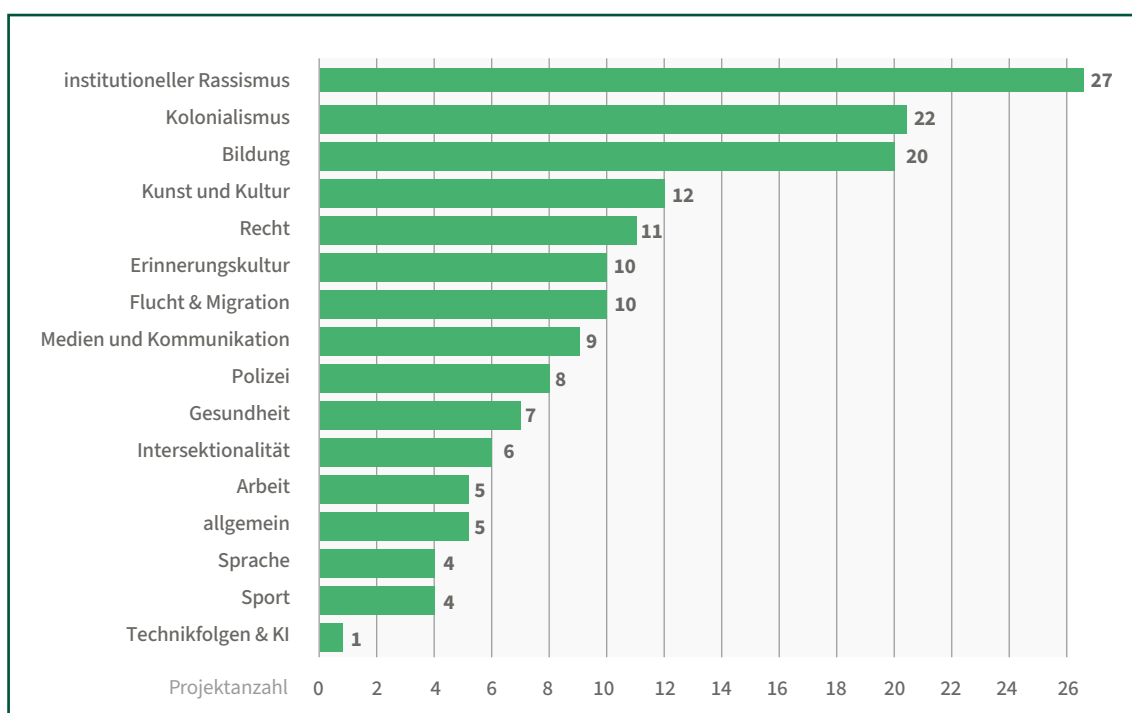
Eine bislang eher untergeordnete Rolle in der Finanzierung rassismusbezogener Forschungsprojekte spielen Stiftungen des privaten und öffentlichen Rechts mit insgesamt 21 geförderten Projekten. Auch vergleichsweise wenige Vorhaben werden aus Mitteln der Länder (11), der Europäischen Union (6) sowie von sonstigen Mittelgebern gefördert.

¹⁹ Für eine detailliertere Analyse der disziplinären Auseinandersetzung mit Rassismus(kritik) können die diese Bestandsaufnahme ergänzenden disziplinären Bestandsaufnahmen des WinRa zu Soziologie, Soziale Arbeit, Rechtswissenschaft, Geschichtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaft und Geografie eingesehen werden. Vgl. <https://www.winra.org/wissensarchiv/details/bestandsaufnahme>

3. Themen der Rassismusforschung in Deutschland (2015–2025)

Die 173 identifizierten Forschungsprojekte lassen sich thematisch 16 Kategorien zuordnen, wobei einige Projekte mehreren Kategorien entsprechen und fünf keiner davon eindeutig zugerechnet werden konnten (Letztere unter „allgemein“ in *Abbildung 5*). Die nachfolgenden Abschnitte bilden die Forschungslandschaft zu Rassismus(kritik) in Deutschland in zehn²⁰ thematischen Schwerpunkten ab und fragen danach, wie sich die Rassismusforschung inhaltlich, disziplinär und förderpolitisch in der Analyse dieser Themenfelder ausgestaltet. Zunächst werden zentrale gesellschaftliche Handlungsfelder und Phänomene betrachtet, darunter Gesundheit, Erinnerungskultur, Polizei, institutioneller Rassismus, Kunst und Kultur, Medien und Bildung. Darüber hinaus richtet sich der Blick auf Forschungsprojekte zu Formen von Rassismus: anti-Schwarzem Rassismus, Antiziganismus / Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze, antimuslimischem Rassismus sowie antislawischem bzw. antiosteuropäischem Rassismus. Jeder Abschnitt legt für das jeweilige Themenfeld dar, welche inhaltlichen Fragestellungen dominieren, wie sich die disziplinären Perspektiven ausprägen und welche Rolle unterschiedliche Förderlandschaften für die Entwicklung des jeweiligen Forschungsfelds spielen. Da die Themen häufig miteinander verflochten sind oder sich überschneiden, können Projekte entsprechend mehr als einer Kategorie zugeordnet werden. Die Verteilung innerhalb der Kategorien zeigt, dass rassistische Diskriminierung in einer großen thematischen Bandbreite erforscht wird. Numerisch stechen insbesondere die Themen institutioneller Rassismus, Kolonialismus und Bildung hervor.

Abbildung 5. Thematische Kategorisierung der Forschungsprojekte



²⁰ Eine Analyse erfolgte für die Themenfelder, in denen innerhalb des Erfassungszeitraums mindestens sechs drittmittelgeförderte Forschungsprojekte identifiziert werden konnten.

3.1 Institutioneller Rassismus

Institutioneller Rassismus bezeichnet weniger das individuelle Handeln einzelner Personen, vielmehr meint es die in Institutionen verankerten Strukturen und Praxen, die rassistische Diskriminierung hervorbringen und/oder fortschreiben.²¹ Er fokussiert also auf die konkrete Ausgestaltung sowie das Handeln von etwa staatlichen Behörden und anderen Institutionen.

Forschung zu institutionellem Rassismus in Deutschland ist relativ jung und hat insbesondere durch die vom BMI geförderte InRa-Studie eine Konjunktur erfahren (siehe auch [Kapitel 1](#)). Im Rahmen der WinRa-Bestandsaufnahme wurden 27 Forschungsprojekte zum Themenkomplex des institutionellen Rassismus identifiziert (siehe [Abbildung 5](#)), wovon sich allein 22²² der InRa-Studie zurechnen lassen. Zum einen stellen Projekte zu diesem Themenkomplex somit den zahlenmäßig größten Teil innerhalb der erfassten Forschungsprojekte dar. Zum anderen liefen die meisten von ihnen im Jahr 2024 mit dem Ende der InRa-Studie aus, konnten nicht fortgeführt werden bzw. eine Anschlussfinanzierung sichern. Die Forschung zu institutionellem Rassismus ist daher ein Themenbereich, der eindrücklich veranschaulicht, wie Förderkonjunkturen ein Forschungsfeld inhaltlich und infrastrukturell kurzzeitig erschließen können, jedoch ohne es nachhaltig abzusichern.

Thematisch nimmt ein Großteil der derart erfassten Projekte Behördenverhalten und institutionelle Praxis in unterschiedlichen Bereichen, darunter Sport, Bildung oder Gesundheit, in den Blick. Unter den untersuchten Institutionen sind neben der Polizei auch Jugendämter, Sportverbände, Institutionen der städtischen Verwaltung, Landes- und Kommunalbehörden, weitere Behörden des öffentlichen Dienstes oder auch Apartheid-Südafrikas Militär²³.

Die Projekte zum institutionellen Rassismus sind disziplinär breit aufgestellt, mit einem deutlichen Schwerpunkt in der Soziologie. Daneben sind auch die Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft und die Psychologie vertreten.

Der überwiegende Teil der im Bereich des institutionellen Rassismus identifizierten Forschungsprojekte wird ministeriell gefördert. Dabei sticht das BMI als größte Mittelgeberin hervor, nicht zuletzt aufgrund der bereits erwähnten InRa-Fördermaßnahme. Diese Förderung ist bisher einzigartig, da sich alle ihre Projekte querschnittsmäßig mit einem spezifischen Themenkomplex, in diesem Fall dem institutionellen Rassismus, beschäftigen, was die hohe Gesamtzahl an Forschungsprojekten in diesem Feld im Vergleich zu allen anderen Kategorien erklärt. Nur sieben der insgesamt 27 Projekte in diesem Themenfeld werden durch andere Mittelgebende als das BMI finanziert.

3.2 Kolonialismus

Rassismus und Kolonialismus sind historisch wie in der Gegenwart eng miteinander verflochten. Kolonialismus spielte eine zentrale Rolle bei der Entstehung und Verfestigung von Rassismus, während die

²¹ Siehe auch [FN 3](#)

²² Von den 23 im Verbundvorhaben InRa geförderten Einzelprojekten konnten 22 als Forschungsprojekte erfasst werden; ein weiteres Projekt übernimmt die Verbundkoordination. Vgl. https://fgz-risc.de/forschung/projektdatenbank/details/INRA_Z-Projekt

²³ Vgl. <https://www.winra.org/wissensarchiv/details/gendering-von-militaergemeinschaften-schwarze-zivilistinnen-und-apartheid-suedafrikas-militaer>

Forschung zu Rassismus selbst tief in postkolonialen Ansätzen verwurzelt ist und diese bis heute stark aufgreift. Forschungsprojekte zu den Themen (Post- und De-)Kolonialismus werden daher der erweiterten Rassismusforschung zugerechnet und in der WinRa-Bestandsaufnahme mitberücksichtigt.

Mit insgesamt 22 erfassten Projekten zu Kolonialismus steht diese Kategorie an zweiter Stelle der häufigsten Forschungsprojekte nach Thema und kann somit als sehr forschungsstarker Gegenstand in diesem Feld gelten. Die Forschung zu Kolonialismus stützt sich dabei auf eine große Bandbreite thematischer Annäherungen und Schwerpunktsetzungen, wobei die historische Analyse kolonialer Praxis einen wichtigen Platz einnimmt. Dies erklärt, warum der geografische Fokus weit über Deutschland hinausreicht und zumeist eine globale Perspektive einnimmt. Zentral in diesem Themenfeld ist zudem die Analyse kolonialer Wissensbestände, Kontinuitäten und (post)kolonialer Weltordnungsentwürfe.

Der Großteil der in dieser Kategorie erfassten Forschungsprojekte lässt sich disziplinar der Geschichtswissenschaft zuordnen, ein weiterer Teil in den Kultur- und Regionalwissenschaften verorten.

Mit Blick auf die Förderausstattung der festgestellten Forschungsprojekte zu Kolonialismus fällt auf, dass mit vier Projekten nur ein kleiner Teil von staatlichen Institutionen gefördert wird. Fast die Hälfte sind Projekte, die von der DFG gefördert werden, während Stiftungen privaten Rechts einen weiteren Teil der Mittelgebenden ausmachen.

3.3 Bildung

Bildungsinstitutionen – Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen – sind zentrale Orte der Reproduktion rassistischer Verhältnisse und der Verfestigung rassistischer institutioneller Praxis – zugleich sind es Orte der Kritik an rassistischen Schemata. Letztere manifestieren sich im Handeln dieser Institutionen und ihrer Vertreter*innen, strukturieren den Alltag vor allem von Kindern und Jugendlichen und spielen somit eine Schlüsselrolle für Fragen der Rassismuskritik und antirassistischer Praxis im Allgemeinen. Ein umfassender Struktur- und Systemwandel im Bildungsbereich sowie die Etablierung eines diskriminierungskritischen Bildungssystems sind daher zwingend notwendig, um Rassismus nachhaltig abzubauen und Chancengleichheit für alle Menschen gleichermaßen zu gewährleisten.

Die Kategorie Bildung weist mit 20 Projekten eine vergleichsweise hohe Anzahl an erfassten Forschungsvorhaben auf, zahlenmäßig die drittmeisten. Die analysierten Projekte in diesem Bereich verdeutlichen, dass die Rassismusforschung sowohl strukturelle als auch institutionelle und interaktionale Dimensionen in den Blick nimmt und auf verschiedenen Ebenen des Bildungssystems ansetzt – von der Schule über die Hochschule bis hin zur außerschulischen politischen Bildung.

Inhaltlich lassen sich folglich mehrere zentrale Forschungslinien ausmachen: Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der rassismuskritischen Lehrer*innenbildung und Professionalisierung. Es wird untersucht, wie angehende und praktizierende Lehrkräfte für rassismuskritisches Handeln qualifiziert werden können. Neben der Analyse bestehender Defizite in der universitären Ausbildung geht es auch um die Frage, wie rassismussensible Perspektiven systematisch in Studium, Referendariat und beruflichen Alltag integriert werden können. Die Ansätze reichen von theoretischen Fundierungen – etwa durch Critical Race Theory oder dominanzkritische Ansätze – über empirische Erhebungen zu Einstellungen und Kompetenzen bis hin zu praxisorientierten Transferprodukten wie Fortbildungskonzepten oder digitalen Tools zur Selbstreflexion.

Eine weitere Forschungsperspektive nimmt die Analyse von institutionellem Rassismus in Schulen und Verwaltung ein. Sie untersucht, wie strukturelle Mechanismen zur Reproduktion rassistischer Ungleichheiten beitragen. Dazu zählen diskriminierende Bewertungspraktiken, kontextabhängige Benachteiligungen in der Klassenführung, unzureichende Beschwerdemechanismen bei Rassismusevorfällen sowie systemische Barrieren in der Schulentwicklung und Verwaltung. Auch Curricula, Unterrichtsmaterialien und kulturelle Bildungsangebote stehen im Bereich Bildung im Fokus der Forschung zu Rassismus(kritik). Mehrere Projekte untersuchen, wie Lehrpläne und Schulbücher rassistische Stereotype transportieren oder herausfordern.

In der Kategorie Bildung ist bereits ein Transferpotenzial sichtbar. Projekte kooperieren teilweise mit Schulen, Bildungsadministrationen, NGOs oder zivilgesellschaftlichen Initiativen und entwickeln praxisnahe Transferprodukte wie Handreichungen, Schulungskonzepte oder digitale Anwendungen.

Die disziplinäre Zusammensetzung der identifizierten Projekte im Bildungsbereich zeigt deutlich, dass die Rassismusforschung hier maßgeblich von der Erziehungswissenschaft getragen wird. Als weitere Fachdisziplinen sind unter anderem die Soziologie, Soziale Arbeit und Germanistik vertreten.

Die erfassten Forschungsprojekte zu Rassismus und Bildung werden überwiegend durch Bundes- und Landesmittel getragen. Ergänzend kommen in Einzelfällen Stiftungen des öffentlichen und privaten Rechts sowie öffentliche Forschungsförderung durch die DFG hinzu.

3.4 Kunst und Kultur

Kunst und Kultur spielen historisch wie gegenwärtig eine Schlüsselrolle sowohl in der Reproduktion von Rassismus als auch in der Kritik an ebendiesem, auch durch die Artikulation von antirassistischen Widerstandsmomenten. So besitzen Kunst und Kultur historisch eine zentrale Funktion in der Exotisierung und im Othering negativ von Rassismus betroffener Gruppen, denn sie haben entscheidend dazu beigetragen, koloniale Gewalt und rassistische Verhältnisse zu legitimieren. Zugleich sind sie ein wichtiges Werkzeug für künstlerische Widerstände und Kritik gegen rassistische Zuschreibungen. Die wissenschaftliche Aufarbeitung dieses gewaltvollen kulturellen Erbes sowie die Analyse und Anerkennung erfolgreicher antirassistischer Widerstandsmomente in Kunst und Kultur sind daher wesentliche Elemente, die auf alle gesellschaftlichen Ebenen ausstrahlen.

Im Zentrum der zwölf identifizierten Forschungsprojekte zu Kultur und Kunst steht die Analyse künstlerischer, medialer und kultureller Ausdrucksformen, die Rassismus (re)produzieren, verhandeln oder kritisch reflektieren. Einige dieser Vorhaben widmen sich der Dekonstruktion rassistischer Repräsentationen in Literatur, Film, Theater, bildender Kunst und Musik, etwa indem postmigrantische und diasporische Perspektiven betont werden. Andere untersuchen ästhetische Praktiken, die in transkulturellen Kontexten entstehen, und fragen nach deren Potenzial zur Integration oder Abgrenzung. Wiederrum andere blicken auf historische und gegenwärtige Dynamiken – von kolonial geprägten Narrativen bis hin zu gegenwärtigen Diskursen in Popkultur und Social Media – und beleuchten, wie diese zur Festigung oder Infragestellung gesellschaftlicher Machtverhältnisse beitragen. Dabei stehen Themen wie anti-Schwarzer Rassismus, Rassismus im Hip-Hop, rassistische Invektivität in Theater und Performance sowie indigene Zukunftsnarrative im Mittelpunkt. Themenübergreifend wird deutlich, dass Kunst und Kultur nicht nur als Spiegel gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern auch als aktive Räume der Aushandlung und des Widerstands gegen Rassismus verstanden werden.

Auffällig ist der interdisziplinäre Charakter vieler Projekte: Kulturwissenschaften, Literaturwissenschaft, Soziologie, Theaterwissenschaft, Regionalwissenschaften und auch Philosophie arbeiten oft zusammen, um sowohl inhaltliche als auch formale Dimensionen von Kunst- und Kulturproduktion zu erfassen.

Die Förderstruktur der Projekte im Bereich Kunst und Kultur ist überwiegend von der DFG geprägt, die den Großteil der Vorhaben finanziert. Ergänzend treten punktuell Fördergeberinnen wie die Einstein Stiftung, die Stiftung Innovation in der Hochschullehre sowie europäische Mittelgeber wie der European Research Council (ERC) hinzu.

3.5 Recht

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Rassismus und Recht ist in Deutschland ein relativ neues Phänomen. Dies liegt nicht zuletzt an einer wenig intensiven Auseinandersetzung mit dem Gegenstand Rassismus in der Rechtswissenschaft selbst (vgl. Rahimian, Payandeh & Ncube 2025). Zugleich wächst in der öffentlichen Debatte ein Bewusstsein dafür, dass rassistische Diskriminierung auch im Rechtssystem stark reproduziert wird und die rechtliche Ausgestaltung des Diskriminierungsschutzes, zum Beispiel über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), in vielen Fällen als unzureichend und reformbedürftig gewertet wird. Ähnliche Entwicklungen lassen sich in den Debatten um Racial Profiling, die Streichung des „Rasse“-Begriffs im Grundgesetz und die Zulässigkeit von Kopftuchverboten beobachten. Die Rassismusforschung wird diesem Umstand jedoch mit elf erfassten Forschungsvorhaben in der Kategorie Recht bisher nur teilweise gerecht.

Die elf Forschungsprojekte zeichnen ein vielschichtiges Bild von der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Rassismus im Recht(ssystem): Sie legen bspw. historische Wissensordnungen offen, aus denen rechtliche Kategorien überhaupt erst entstehen – etwa koloniale Vergleichsregime, die bis heute Gleichheitsvorstellungen prägen. Auf der transnationalen Ebene zeigt sich, wie Soft-Law-Dynamiken trotz fehlender formaler Bindungswirkung Standards fortentwickeln und Begriffe wie „Diskriminierung“, „Gleichheit“ und „gruppenbezogene Rechte“ konkretisieren. Auf der nationalen Ebene werden diese Impulse in juristische Begriffsschärfung, Abwägungen und Instrumentenkästen für Behörden übersetzt. Schließlich wird auf der Meso- und Mikroebene, etwa in Gerichten, Staatsanwaltschaften, der Verwaltung und Sozialleistungspraxis – sichtbar, wie Routinen, Ermessensentscheidungen und implizite Normen zu ungleichen Verfahrensergebnissen und Rechtszugängen führen können.

In der disziplinären Zusammensetzung der erfassten Forschungsprojekte in dieser Kategorie dominiert klar die Rechtswissenschaft: Rund zwei Drittel der Vorhaben sind primär juristisch angelegt (Völker- und Menschenrechte, Antidiskriminierungs-, Arbeits- und Verwaltungsrecht). Etwa ein Viertel der Projekte verortet sich in der Soziologie/Rechtssoziologie und Kriminologie und untersucht institutionelle Mechanismen der Ungleichbehandlung in Gerichten, Staatsanwaltschaften und Verwaltung – häufig mit rekonstruktiven, beobachtenden und partizipativen Methoden. Einzelne Studien lassen sich der Geschichtswissenschaft sowie der Sozialen Arbeit zuordnen. Mehrere Forschungsprojekte sind interdisziplinär angelegt (z. B. Soziologie und Recht; Geschichte und Recht), sodass sich nicht selten Doppelzuordnungen ergeben.

Die in die Kategorie Rassismus und Recht fallenden Projekte werden überwiegend aus öffentlicher Forschungsförderung finanziert, mit einem deutlichen Übergewicht in von der DFG geförderten Forschungsvorhaben. Diese Dominanz ist insbesondere in den rechts- und sozialwissenschaftlichen Vorhaben zu beobachten. Ergänzend treten Bundesmittel aus Ressorts und bundesnahen Programmen sowie im Einzelfall Landesmittel als Finanzierungsquellen in Erscheinung.

3.6 Erinnerungskultur

Geschichte und Erinnerung sind gesamtgesellschaftlich umkämpft und werden laufend ausverhandelt. Während bspw. die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und der Shoah eine relativ breite Akzeptanz erfährt, zeigt der Umgang mit den Anschlägen von Solingen, Hanau oder des NSU, wie schwer sich die deutsche Erinnerungskultur mit den Kontinuitäten rassistischer Gewalt nach 1945 tut. Ähnliches zeigt sich hinsichtlich der Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte und der Adressierung (post)kolonialer Strukturen. Die Frage, wie eine inklusive und möglichst vollständige Erinnerungskultur, insbesondere vor dem Hintergrund einer „postmigrantischen Gesellschaft“ (Foroutan 2019) in Deutschland, etabliert werden kann, ist daher eines der Kernforschungsfelder der Rassismusforschung.

Die zehn identifizierten Forschungsprojekte zu Erinnerungskultur und Rassismus spannen inhaltlich einen Bogen von der NS-Vergangenheit über DDR-Geschichte bis zu postmigrantischer Gegenwart. Eine Forschungslinie fokussiert die historisch-diskursive Produktion von Kategorien: Untersuchungen zu „Figuren der Migration“ in Wissenschaft und Schule zeigen, wie Begriffe (z. B. „Gastarbeiterkinder“) seit den 1960er Jahren Ordnungsvorstellungen prägen und Bildungspraktiken beeinflussen. Eine zweite Forschungslinie rückt die Kontinuitäten rassistischer Gewaltregime in den Mittelpunkt – von NS-Eugenikverbrechen und Lebensborn-Politiken bis zu anti-Schwarzem Rassismus vor, während und nach 1945. Darüber hinaus adressieren Studien die multiperspektivische Erinnerungsarbeit in der Gegenwart: zivilgesellschaftliche Initiativen als Trägerinnen lokaler Erinnerung (NS, Kolonialismus, postnationalsozialistische Gewalt), partizipative Formate und Projekte zu multidirektionaler Erinnerung zwischen Antisemitismus, Rassismus, Nahostkonflikt und Flucht. Transnationale Fallstudien – etwa zu kubanischen Vertragsarbeiter*innen in der DDR oder zur nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik im deutsch-italienischen Vergleich – erweitern die nationale Perspektive und verankern Erinnerungskultur in globalen Verflechtungen.

Das Feld der Erinnerungskultur ist stark durch die Geschichtswissenschaft geprägt, wird jedoch auch durch sozialwissenschaftliche und kulturwissenschaftliche Ansätze ergänzt, die im Vergleich zur Geschichtswissenschaft überwiegend die gegenwartsorientierten und partizipativen Dimensionen der Erinnerungskultur betonen.

Die Förderstruktur der Projekte zu Erinnerungskultur und Rassismus ist überwiegend von öffentlichen Mittelgeberinnen bestimmt. Einen wesentlichen Anteil stellen Bundesministerien, insbesondere das BMFT und das BMI, teils in Kooperation mit der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ), bereit. Darüber hinaus treten wissenschaftsfördernde Einrichtungen wie die DFG, der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) sowie thematisch spezialisierte Stiftungen wie die Max Weber Stiftung (MWS) oder die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur als Mittelgebende in Erscheinung.

3.7 Flucht und Migration

Die Forschung zu Rassismus(kritik) in Deutschland ist historisch stark in der Migrationsforschung verwurzelt, wurde lange Zeit als ihr Teilaspekt behandelt und zu einem gewichtigen Teil aus dieser heraus betrieben. Auch die Fluchtforschung greift teilweise selbstverständlich auf rassismuskritische Ansätze zurück, was aufgrund der Tatsache, dass es sich bei Geflüchteten zumeist um negativ von Rassismus betroffene Personen(gruppen) handelt, wenig verwunderlich ist. Insgesamt konnten im Rahmen der WinRa-Bestandsaufnahme zehn Projekte erfasst werden, welche sich aus dem Forschungsfeld Flucht bzw. Migration heraus dem Thema rassistischer Diskriminierung annähern.

Die so kategorisierten zehn Forschungsprojekte sind inhaltlich heterogen und decken eine große thematische Bandbreite ab. Sie erstreckt sich von menschenrechtlichen Ansätzen über Sozialraumanalysen bis hin zu Subjektivierungsprozessen. Insgesamt wird deutlich, dass Flucht und Migration als Dachthemen für eine Reihe von Projekten an der Intersektion zu Rassismus(kritik) funktionieren und als Klammer für inhaltlich relativ breite Forschungsvorhaben dienen.

Disziplinär überwiegen in dieser Kategorie Forschungsvorhaben, die der Soziologie zuzuordnen sind. Dies ist wenig verwunderlich, da die Soziologie sowohl in der WinRa-Bestandsaufnahme insgesamt die forschungstärkste Disziplin ist als auch in der Migrations- und Fluchtforschung als sehr anschlussfähig etabliert ist. Zudem ist die Ethnologie mit drei Projekten vergleichsweise häufiger vertreten. Darüber hinaus konnten Forschungsvorhaben aus der Psychologie, der Geografie und der Lateinamerikawissenschaft erfasst werden.

Die Finanzierung der Forschungsprojekte in den Themenfeldern Flucht und Migration ist durch öffentliche Fördermittel geprägt. Staatliche Institutionen, insbesondere das BMBFSFJ, aber auch die DFG, machen einen Großteil der Mittelgebenden aus. Ein weiterer Teil der Forschungsvorhaben wird durch Mittel von Stiftungen des privaten Rechts getragen.

3.8 Medien und Kommunikation

Medien und mediale Repräsentation nehmen eine zentrale Rolle in der (Re-)Produktion und Deutung von Rassismus ein. Wie mediale Diskurse auf Rassismus einwirken und diesen rahmen, stellt daher im Hinblick auf gesellschaftliche Machtverhältnisse und die (Re-)Produktion rassistischer Stereotypisierungen ein wichtiges Erkenntnisinteresse der Rassismusforschung dar.

Die in dieser Kategorie erfassten neun Projekte verdeutlichen, dass aktuelle Rassismusforschung mit Bezug zu Medien und Kommunikation in besonderem Maße auf die Analyse von Diskursen, Darstellungen und Dynamiken in klassischen wie digitalen Öffentlichkeiten fokussiert. Dabei verknüpfen sich historische und diskursanalytische Perspektiven mit zeitdiagnostischen Fragestellungen. So wird etwa untersucht, wie seit den 1970er Jahren fluchtbezogene „Figuren“ konstruiert, transformiert und politisch wirksam werden. Einen weiteren Schwerpunkt bilden digitale Räume, in denen die Ursachen und Mechanismen von Cyber-Diskriminierung, die Verbreitung rassistischer und diskriminierender Diskurse im Social Web sowie die transnationale Zirkulation von Rassismusvorstellungen – bspw. im Kontext der Black-Lives-Matter-Bewegung – in den Blick genommen werden. Zugleich richten mehrere der identifizierten Projekte den Fokus auf die mediale Repräsentation bestimmter negativ von Rassismus betroffener Gruppen. Dazu gehören systematische Analysen der Islam-Berichterstattung in Fernseh- und Printmedien.

Die Zusammensetzung der Projekte in diesem Themenfeld ist deutlich interdisziplinär geprägt, wobei die Medien- und Kommunikationswissenschaft eine zentrale Rolle einnimmt. Sie bildet in vielen Vorhaben den methodischen und theoretischen Rahmen für die Analyse medialer Diskurse, Berichtermuster und öffentlicher Debatten zu Migration, Rassismus und gesellschaftlicher Diversität. Ergänzt wird diese Perspektive durch soziologische Forschungsvorhaben, die insbesondere soziale Strukturen, Diskriminierungsmechanismen und regionale Differenzen im Social Web untersuchen. Geschichtswissenschaftlich angelegte Projekte dagegen nehmen langfristige Entwicklungen und semantische Verschiebungen in der Darstellung von Flucht und Migration in den Blick, um rassistische Muster offenzulegen. Die kulturwissenschaftlichen Forschungsprojekte erweitern den Fokus um trans-

nationale und globale Kontexte, während politikwissenschaftliche Ansätze vor allem bei der Analyse von Medieninhalten mit politischem Bezug Anwendung finden.

Die Förderstruktur der untersuchten Projekte in der Kategorie Medien und Kommunikation ist stark durch öffentliche Mittelgeberinnen geprägt, besonders durch Bundesministerien. Mehrere Vorhaben werden durch das BMBFSFJ gefördert. Weitere Projekte erhalten Fördermittel vom BMI oder vom BMFTR. Neben diesen ministeriellen Förderungen finanziert die DFG ein historisch angelegtes Forschungsvorhaben in diesem Themenbereich.

3.9 Polizei

Empirische Forschung zu Rassismus in der Polizei ist in Deutschland noch nicht ausreichend ausgebaut und von Herausforderungen geprägt. So sind polizeiliche Aufgaben komplex, umfangreich und in großen Teilen, ebenso wie die Polizeiarbeit betreffende Dokumente, nicht für die öffentliche Beobachtung zugänglich. Diese hohen Hürden erschweren den Zugang zu diesem Forschungsfeld zusätzlich. Im Rahmen der WinRa-Bestandsaufnahme konnten lediglich acht Forschungsprojekte in dieser Kategorie identifiziert werden.

Die erfassten Forschungsprojekte untersuchen einerseits polizeiliches Handeln, institutionelle Praktiken sowie damit verbundene Einstellungen und Sprachmuster. Andererseits adressieren sie die Erfahrungen negativ von Rassismus betroffener Personen sowie Mechanismen zu deren Schutz.

Disziplinär sind die meisten dieser Forschungsprojekte in der Soziologie angesiedelt, gefolgt von der Rechtswissenschaft. Darüber hinaus konnten Forschungsvorhaben in der Germanistik, Politikwissenschaft, Psychologie und der Erziehungswissenschaft erfasst werden. Die meisten Projekte sind interdisziplinär angelegt, so dass eine Mehrfachzuordnung erforderlich war.

Unter den Mittelgebenden sticht die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hervor, die drei der erfassten Projekte fördert. Auch insgesamt ist die Finanzierung dieses Themenfeldes überwiegend durch öffentliche Mittelgebende, darunter bspw. das BMI, geprägt.

3.10 Gesundheit

Rassistische Diskriminierung im Gesundheits- und Pflegesektor beeinflusst sowohl die Versorgungssituation als auch die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen. Sie hat damit direkte Auswirkungen auf die Lebenschancen negativ von Rassismus betroffener Menschen. Repräsentative Erhebungen des NaDiRa.panels haben gezeigt, dass Rassismus nicht nur gesundheitsgefährdende Folgen für die Betroffenen hat, sondern auch das Vertrauen in staatliche Institutionen und die Gesundheitsversorgung beeinträchtigen kann (DeZIM 2023). Obwohl der Nexus zwischen Gesundheit und Rassismus international vor allem im Zuge der Coronapandemie an Aufmerksamkeit gewonnen hat und einen gesellschaftlich hochrelevanten Lebensbereich darstellt, konnten für Deutschland nur sieben Projekte mit Gesundheitsbezug identifiziert werden.

Die identifizierten Forschungsprojekte in dieser Kategorie beleuchten das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Eine Forschungsperspektive setzt sich mit Rassismuserfahrungen in der Gesundheitsversorgung auseinander. So rekonstruieren die Projekte unter anderem, wie Patient*innen Dis-

kriminierung im Praxisalltag von Ärzt*innen wahrnehmen, welche rassistischen Zuschreibungen den Behandlungsprozess prägen und wie sich dies auf Vertrauen, Therapietreue und Versorgungsergebnisse auswirkt. Andere Projekte fokussieren stärker auf die institutionelle Ebene: Gesundheitsämter werden daraufhin untersucht, inwiefern struktureller Rassismus besonders in Bereichen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit – etwa bei Schwangerschaftskonfliktberatung oder HIV-Prävention – zu ungleichen Zugängen führt. Eine weitere Forschungsperspektive erfasst psychische Gesundheit und psychosoziales Wohlbefinden negativ von Rassismus betroffener Menschen. Zentrale Fragestellungen sind dabei, wie alltägliche Diskriminierung Stress, Einsamkeit oder Depressionen begünstigt und welche Ressourcen Communitys zum Umgang damit mobilisieren. Erste Studien gehen sogar einen Schritt weiter und erproben diversitätssensible Screening-Instrumente, die zum Ziel haben, Rassismuserfahrungen systematisch in die Diagnostik – etwa onkologischer oder psychotherapeutischer Prozesse – zu integrieren.

Auffällig ist die disziplinäre Zusammensetzung der in dieser Kategorie identifizierten Forschungsprojekte: Während die Psychologie mehrfach vertreten ist und damit die Erforschung individueller Belastungen dominiert, ist die (Human-)Medizin kaum an Projekten mit Bezug zu Rassismus beteiligt. Vergleichsweise nur im geringen Umfang vertreten sind Soziologie, Public Health und die Gesundheitswissenschaften.

Auch die Finanzierungsstruktur in diesem Bereich verweist auf ein politisches Aufholinteresse: Die Mehrheit der Projekte wird ministerial gefördert und ist Teil größerer Förderrichtlinien zur Rassismuskforschung (InRa, FoDiRa, WinRa). Stiftungen hingegen treten selten als Mittelgeberin in Erscheinung.

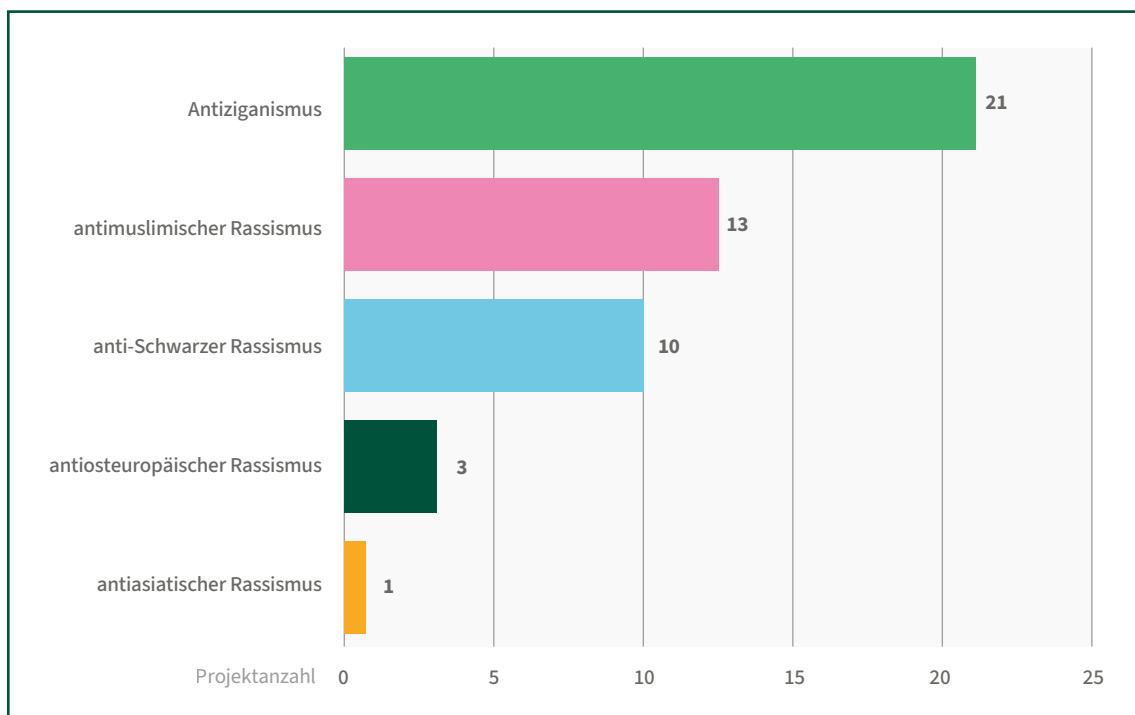
3.11 Forschung zu spezifischen Rassismen

Rassismus zeigt sich auf vielfältige Weise, da beliebige Merkmale, die als Marker für Zugehörigkeit und Identität fungieren, als Anknüpfungspunkte für rassistische Diskriminierung dienen können. Rassistische Diskriminierung bestimmter Menschengruppen ist historisch zum Teil sehr unterschiedlich gewachsen. Davon zeugt bspw. die Diskussion über das Verhältnis von Rassismus und Antisemitismus. Doch auch andere spezifische Ausprägungen von Rassismus können vielfältige Mechanismen, Praxen und Auswirkungen aufweisen, um bestimmte Gruppen und ihnen zugerechnete Personen beim Zugang zu und der Teilhabe an materiellen oder immateriellen Ressourcen zu benachteiligen oder auszuschließen (Expert*innenrat Antirassismus 2025). Im Rahmen der WinRa-Bestandsaufnahme konnten entsprechend Forschungsprojekte in folgenden Kategorien erfasst werden: Antiziganismus / Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze, antimuslimischer Rassismus, anti-Schwarzer Rassismus, antiosteuropäischer/antislawischer Rassismus sowie antisiasiatischer Rassismus. Im Folgenden herausgegriffen werden nur die ersten drei, da es zu den beiden Letzteren kaum Forschungsprojekte gibt (siehe [Abbildung 6](#)).

3.11.1 Antiziganismus / Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze

Die rassistische Diskriminierung von Rom*nja und Sinti*zze ist historisch tief in den europäischen Gesellschaften verankert und wirkt bis in die Gegenwart fort. Über einen Zeitraum von mehr als sechs Jahrhunderten entwickelte sie sich in unterschiedlichen politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Kontexten weiter. Zentral ist dabei die Konstruktion von Sinti*zze und Rom*nja als negativ besetzte Fremdgruppe, die zur Stabilisierung gesellschaftlicher Ordnungen und Identitätsentwürfen der Mehrheitsgesellschaft beitrug. Dies gipfelte im nationalsozialistischen Völkermord (Romanes: *Samudaripen*), womit der Themenkomplex Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze auch eine bedeu-

Abbildung 6. Spezifische Rassismenforschung



tende erinnerungspolitische Bedeutung erfuhr. Antiziganismus passte sich kontinuierlich an gesellschaftliche Veränderungen an, wobei sowohl historische Kontinuitäten als auch neue Erscheinungsformen erkennbar sind.

Vor einer detaillierteren Darstellung der Forschungsprojekte ist auf die unterschiedlichen analytischen Perspektiven innerhalb dieses Feldes hinzuweisen. Projekte, die den Begriff „Antiziganismus“ verwenden, knüpfen zumeist an antisemitismuskritische Ansätze in der Tradition der Kritischen Theorie an. Demgegenüber orientieren sich Befürworter*innen der Bezeichnung „Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja“ stärker an rassismustheoretischen Zugängen. Erstere rücken die Dominanzgesellschaft als Produzentin von Antiziganismus in den Vordergrund, während Letztere stärker die Erfahrungen der Betroffenen und damit insbesondere Prozesse realer Diskriminierung und Ausgrenzung fokussieren (vgl. Unabhängige Kommission Antiziganismus 2021). Trotz dieses deutlichen Unterschieds in der theoretischen Ausrichtung werden Projekte zu Antiziganismus einerseits und Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja andererseits im Rahmen dieser Bestandsaufnahme aus Gründen der Übersichtlichkeit und Quantifizierbarkeit in einer gemeinsamen Kategorie zusammengeführt.

Bei genauerer Betrachtung der Projekte zum Thema Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze bzw. Antiziganismus fällt auf, dass sich diese zu einem großen Anteil mit der historischen Analyse der Ausgrenzung und rassistischen Diskriminierung von Rom*nja und Sinti*zze auseinandersetzen. Sechs von insgesamt 21 erfassten Projekten sind in der Geschichtswissenschaft angesiedelt, während sich ein weiterer Teil im Bereich Bildung findet. Die meisten Projekte wählen also einen thematischen Schwerpunkt, der sich vor allem auf historische und strukturelle Dimensionen des Antiziganismus bezieht. Ein zentrales Analysefeld bildet die NS-Verfolgung von und der Völkermord an Rom*nja und Sinti*zze sowie die daran anschließenden historischen Kontinuitäten. In diesem Kontext werden Aspekte wie Nachkriegsdiskriminierung, Fragen der Wiedergutmachung, archivische Rekonstruktionen und erinne-

rungspolitische Auseinandersetzungen behandelt – in der Regel aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive. Ein weiterer Fokus liegt auf medialen Repräsentationen und Bildpolitiken, die die Darstellung von Rom*nja und Sinti*zze in der Öffentlichkeit und den Medien kritisch beleuchten. Projekte mit Bezug zur Bildung thematisieren den Zugang zu Bildung, schulische Diskriminierung sowie pädagogische Ansätze zur Sensibilisierung. Allerdings beschäftigen sich lediglich zwei Projekte explizit mit der Analyse von Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze / Antiziganismus in Schulcurricula und Schulbüchern.

Die Forschungsprojekte zu Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze / Antiziganismus sind disziplinär vielfältig ausgerichtet und eröffnen jeweils unterschiedliche Perspektiven auf das Thema. Die Geschichtswissenschaft leistet dabei einen zentralen Beitrag, indem sie Prozesse der Aufarbeitung, historische Kontinuitäten und erinnerungspolitische Dimensionen untersucht. Politikwissenschaft und Soziologie richten ihren Fokus stärker auf institutionelle Mechanismen, Fragen gesellschaftlicher Teilhabe und die Analyse von Diskriminierungsstrukturen. Die Erziehungswissenschaft wiederum thematisiert die Rolle von Bildung, Curricula und Inklusionsprozessen und macht sichtbar, wie sich Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze / Antiziganismus im Bildungssystem und in Bildungsmaterialien niederschlägt. Projekte aus der Sozialen Arbeit verbinden wissenschaftliche Erkenntnisse mit praxisnahen Ansätzen, indem sie häufig Empowerment, Community-Nähe und Selbstvertretung betonen. Ergänzend eröffnen interdisziplinäre Projekte, die Medien, Kunst und Kultur in den Blick nehmen, den Zugang zu gesellschaftlichen Diskursen und erweitern die Analyse um ästhetische und kulturelle Dimensionen.

Bei der regionalen Verteilung der hier erfassten Projekte fällt auf, dass ein Großteil in Baden-Württemberg durchgeführt wird. Dies liegt nicht zuletzt an den zu diesem Thema forschungsstarken Standorten Pädagogische Hochschule Heidelberg und Universität Heidelberg. Letzterer gelang es sogar, ihre Forschung zum Thema durch die Einrichtung einer „Forschungsstelle Antiziganismus“ am Historischen Seminar der Philosophischen Fakultät zu verstetigen und institutionell abzusichern.²⁴

Die meisten dieser Projekte werden über ministerielle Fördermittel finanziert – etwa im Rahmen der Arbeit der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, als Teil der InRa-Studie oder durch Förderprogramme auf Landesebene. Nur ein geringer Teil erhält hingegen Unterstützung von Stiftungen oder der DFG.

3.11.2 Antimuslimischer Rassismus

Zur Benennung des Phänomens der rassistischen Diskriminierung gegenüber Muslim*innen bzw. Personen, die dieser Gruppe zugeschrieben werden, existiert eine Reihe von Begriffen, die unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und theoretische Zugänge widerspiegeln. Häufig Verwendung finden die Ausdrücke „Muslimfeindlichkeit“ und „antimuslimischer Rassismus“, die – je nach Kontext – sowohl individuelle Vorurteile als auch institutionelle und strukturelle Diskriminierung erfassen. Daneben existieren Bezeichnungen wie „Islamfeindlichkeit“ und „Islamophobie“. Die Wahl des Begriffs reflektiert zugleich die unterschiedlichen analytischen Perspektiven und politischen Positionierungen (vgl. Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit 2023). Für den vorliegenden Bericht wird der Begriff „antimuslimischer Rassismus“ verwendet, um die politische, strukturelle und institutionelle Dimension des Phänomens sichtbar zu machen und zu unterstreichen, dass es sich um eine Spielart des Kulturrassismus handelt.

²⁴ Vgl. <https://www.fsa.uni-heidelberg.de/de>

Der Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit hat mit seinem Abschlussbericht wissenschaftlich fundiert dargelegt, dass antimuslimischer Rassismus kein Randphänomen darstellt, sondern ein strukturell und gesellschaftlich tief verankertes Problem ist (vgl. ebd.). Die Zahlen zu antimuslimischen Vorfällen sind in Deutschland seit Jahren hoch und in den letzten Jahren noch einmal enorm gestiegen (vgl. CLAIM 2025: 13).

Die 13 identifizierten Forschungsprojekte im Bereich antimuslimischer Rassismus lassen sich in mehrere, teils eng miteinander verwobene Themenfelder gliedern. Ein Schwerpunkt dieser Forschung liegt auf Diskursen und medialen Repräsentationen: Mehrere Studien analysieren, wie Politik und Leitmedien das Narrativ eines „bedrohlichen Islams“ produzieren und/oder verstärken und welchen Einfluss dies auf gesellschaftliche Wahrnehmungen hat. Ein weiterer Fokus richtet sich auf rassistische Diskriminierung und Gewalterfahrung. Derart fokussierte Projekte untersuchen alltägliche Benachteiligungen bis hin zu Hasskriminalität und beleuchten die Folgen für die Identitätsentwicklung, politische Teilhabe und Resilienzstrategien muslimischer Communitys. Ebenso erforscht wird antimuslimischer Rassismus und Arbeit, indem insbesondere strukturelle Benachteiligungen muslimischer, vor allem weiblicher Bewerber*innen, regionale Unterschiede in Einstellungsprozessen sowie Effekte sichtbarer Religionszugehörigkeit – etwa des Hijabs – auf Beschäftigungschancen betrachtet werden. Im Bildungsbereich befassen sich Studien mit Darstellungen des Islams in Lehrmaterialien, der Wahrnehmung von muslimischen Schüler*innen und den Dynamiken islambezogener Kontroversen im Schulalltag.

Antimuslimischer Rassismus wird häufig interdisziplinär erforscht – mit Schwerpunkten in der Politikwissenschaft, Soziologie, Erziehungs- und Religionswissenschaft. Politikwissenschaft und Soziologie liefern vor allem quantitativ-experimentelle Evidenz zu Diskriminierung, Identität und Partizipation. Erziehungswissenschaft und Soziale Arbeit hingegen rücken die Schule und lebensweltliche Praxis in den Mittelpunkt. Darüber hinaus analysieren die Religions- und Islamwissenschaft Wissens- und Bedeutungsproduktionen über „den Islam“ in Bildungs- und Medienkontexten.

Die Forschung zu antimuslimischem Rassismus wird stark durch bundesministeriale Förderung – etwa der Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit durch das BMI – sowie durch vereinzelte Landesministerien finanziert. Die DFG und private Stiftungen spielen nur punktuell eine Rolle.

3.11.3 Anti-Schwarzer Rassismus

Anti-Schwarzer Rassismus bezeichnet bis heute fortwirkende gewalttätige, herabwürdigende und entmenschlichende Praktiken, deren Ursprünge in Kolonialisierung und Versklavung (Kiswahili: *Maafa*) liegen. Zur Legitimation kolonialer Herrschaft wurden Schwarze Menschen als „infantil“ oder „unterwürfig“, zugleich aber auch als „gefährlich“ und „unberechenbar“ konstruiert. Diese Stereotype dienten nicht nur als Rechtfertigung für Kolonialisierung, sondern auch für deutsche Gewaltverbrechen wie etwa den Genozid an den Herero und Nama. Bis heute wirken derartige Zuschreibungen fort – etwa die Abwertung Schwarzer Körperlichkeit, Exotisierung, Hypersexualisierung sowie die Zuschreibung von Bedrohlichkeit.

Aktuelle Untersuchungen, darunter der Afrozensus (Aikins et. al. 2021), belegen die Kontinuität struktureller und institutioneller Diskriminierung gegenüber Schwarzen Menschen in Behörden sowie auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Trotz dieser Erkenntnisse bestehen weiterhin erhebliche Forschungslücken zu Ausmaß, Mechanismen und Wirkungsweisen von anti-Schwarzem Rassismus in Deutschland.

Zu anti-Schwarzem Rassismus konnten insgesamt zehn Forschungsprojekte identifiziert werden, die einen Bogen spannen von historischen Untersuchungen bis hin zu gegenwartsbezogenen Medienanalysen. Sie zeigen, wie vielschichtig Diskriminierungs-, Macht- und Ausgrenzungsprozesse seit Jahrhunderten ineinandergreifen. Studien fragen in Bezug auf mediale Repräsentationen und Diskurse, wie „Blackness“ und „Whiteness“ konstruiert, verhandelt und politisch wirksam werden. Psychosoziale Auswirkungen auf individueller Ebene beleuchten mehrere Projekte in den Disziplinen Soziologie und Psychologie, indem sie unter anderem untersuchen, wie Stigmatisierungserfahrungen Gefühle, Identität und gesellschaftliche Bindungen formen. Zudem analysieren sie, wie früh erlebter Rassismus Körper, Psyche und Selbstwert prägt – und welche Empowerment-Strategien Schutz bieten können.

Eine weitere Forschungslinie untersucht institutionellen Rassismus in Behörden und Verwaltungen, teils mit Fokus eben auf anti-Schwarzen Rassismus. Die Beschäftigung mit historischen Kontinuitäten zeigt, dass anti-Schwarzer Rassismus weder mit der Kolonialzeit noch mit dem Nationalsozialismus endete. So werden die bis heute anhaltenden Nachwirkungen analysiert und darüberhinausgehende, verflochtene Macht-, Geschlechts- und Rassismusstrukturen betrachtet. Auch die Theologie spielt punktuell eine Rolle: Ein Projekt zeichnet nach, wie Schwarze Abolitionist*innen und Martin Luther King Jr. den theologischen Lehrsatz der Gottebenbildlichkeit als Argument für die gleiche Würde und die gleichen Bürgerrechte aller Menschen nutzten²⁵.

Disziplinär zeigen die Forschungsprojekte zu anti-Schwarzem Rassismus ein Übergewicht an sozial- und regionalwissenschaftlichen Ansätzen. Die Soziologie stellt die forschungstärkste Disziplin dar: Sie liefert makro- bis mikrosoziologische Erklärungen dafür, auf welche Weise struktureller und institutioneller Rassismus gegenüber Schwarzen Menschen wirken, wie Rassismus sich im subjektiven Erleben niederschlägt und welche intersektionalen Risikofaktoren eine Rolle spielen. Die historisch ausgerichtete Forschungsarbeit zeigt, wie koloniale sowie nationalsozialistische Formen des Rassismus in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen fortwirken. Erziehungswissenschaft und pädagogische Praxis dagegen entwickeln konkrete Interventionen – von Empowerment-Strategien über Reformen in Schulen und Behörden bis hin zu didaktischen Materialien für die Erinnerungskultur.

Ein Großteil der Projekte zu anti-Schwarzem Rassismus wird von der DFG gefördert – vor allem historisch-kulturwissenschaftliche und theoretische Arbeiten, die zwar weniger unmittelbar anwendungsbezogen sind, jedoch eine hohe Anschlussfähigkeit an internationale Diskurse wie Critical Race Theory oder theologische Ansätze aufweisen. Bundesministerien, insbesondere das BMI sowie das Bundesministerium der Finanzen (BMF), fördern in Kooperation mit der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft Projekte, die auf konkrete gesellschaftliche Interventions- oder Erinnerungsziele ausgerichtet sind. Ergänzend fördern private Fördergeberinnen wie die Fritz Thyssen Stiftung und die Einstein Stiftung punktuell Vorhaben in diesem Feld.

²⁵ Vgl. <https://www.winra.org/wissensarchiv/details/das-theologumenon-der-gottebenbildlichkeit-als-begrueundung-universalergleichheit-und-menschenwuerde-im-black-abolitionism-und-in-der-theologie-martin-luther-king-jrs>

4. Leerstellen der Rassismusforschung in Deutschland

Die vorliegende WinRa-Bestandsaufnahme macht deutlich, dass die Rassismusforschung in Deutschland in disziplinärer, thematischer und method(olog)ischer Hinsicht vielfältig ausgerichtet ist. Zugleich treten eklatante Leerstellen zutage. Ein genauerer Blick auf die thematische Ausrichtung der erfassten Forschungsvorhaben verdeutlicht, dass zentrale Bereiche bislang kaum oder gar nicht berücksichtigt werden. Und zwar bleiben folgende Forschungsfelder nach wie vor ein Desiderat:

- **Wohnen und Rassismus:** Bisher konnte kein (drittmittel)finanziertes Forschungsprojekt identifiziert werden, und es fehlen systematische, vergleichende Analysen zu rassistisch diskriminierenden Mechanismen auf dem Wohnungsmarkt.
- **Sprache und Rassismus:** Bisher gibt es kaum (drittmittel)finanzierte Forschung zu sprachbezogenen Mechanismen rassistischer Aus-/Einschlüsse an Institutionen.
- **Arbeit/Arbeitsmarkt und Rassismus:** Trotz prominenter Stellung des Themas in der Diskriminierungsforschung sind in der Bestandsaufnahme kaum drittmittelfinanzierte Projekte zu identifizieren.
- **Gesundheit und Rassismus:** Deutliche Forschungslücken sind vorhanden bei der Erfassung struktureller Diskriminierung im Versorgungswesen, bei intersektionalen Analysen sowie bei der Erhebung von Rassismuserfahrungen von Pflege- und medizinischem Personal.
- **Rassismus und Polizei:** Es wird weitergehende Forschung zur institutionellen Praxis in Polizeibehörden, zu polizeilicher Gewalt, Traumafolgen wie Ängsten und Vermeidungsverhalten, aber auch zum Thema Vertrauensverlust in die Polizei und Behörden insgesamt benötigt.
- **Rassismus und Sport:** Das Thema ist stark unterrepräsentiert und stark personenabhängig organisiert, da nahezu alle erfassten Projekte von einer* einem Professor*in getragen werden. Insgesamt sind nur vier Projekte identifiziert worden, was der gesellschaftspolitischen Relevanz (u. a. öffentlich geführte, teils rassistische Debatten) und der aktuellen Dynamik im Feld nicht gerecht wird.
- **Rassismus, KI und algorithmische Systeme:** Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Technikfolgen und Diskriminierungsrisiken (bundesweit lediglich ein drittmittelfinanziertes Projekt) fehlt nahezu, obwohl die Bias-Gefahren in Trainingsdaten, automatisierten Entscheidungen (Scoring/Screening) und Empfehlungsalgorithmen (u. a. Verstärkung rassistischer/rechtsextremer Inhalte) bekannt sind.
- **Rassismus in den sozialen Medien:** Es mangelt weitgehend an systematischer empirischer Forschung zur Produktion und Verbreitung rassistischer Inhalte, zu Plattform-/Moderationspraktiken sowie der Wirksamkeit von Gegenstrategien (Counterspeech, Community-Standards, De-Ranking).
- **Rassismus im Gaming und E-Sport:** Trotz hoher Reichweite und hohem Einfluss auf Jugendliche und junge Erwachsene gibt es keine identifizierten drittmittelfinanzierte Projekte, sodass es an Forschung zu In-Game-Kommunikation, Community-/Plattformpraktiken, E-Sport-Strukturen sowie Wirkungen und Präventionsansätzen fehlt.
- **Klima, Umweltgerechtigkeit und Rassismus:** Es fehlt an systematischer Evidenz, wie rassifizierte Gruppen überproportional von Umweltbelastungen, Klimarisiken und klimapolitischen Maßnahmen betroffen sind. Dies erschwert eine evidenzbasierte, rassismuskritische Klima- und Umweltpolitik.
- **DDR, postsozialistische Nachwendegeellschaft und Rassismus:** Es mangelt an systematischer Forschung zu Rassismus(kritik) in der DDR und Transformationszeit: Unerforscht sind die Kontinuitäten/Brüche, institutionelle Praktiken (z. B. Polizei/Verwaltung), Erfahrungen von Vertragsarbeiter*innen und Migrant*innen, regionale Erinnerungskulturen sowie aktuelle Dynamiken in Ostdeutschland.

- **Bildung und Rassismus:** Neben einer vertieften rassismuskritischen Analyse von Schule (u. a. Programmen wie „Schule ohne Rassismus“) und schulischen Bildungsprozessen fehlen systematische Arbeiten zu frühkindlicher Bildung, Erwachsenenbildung, Berufsschulen, Hochschulräumen sowie zur politischen Bildung.
- **Spezifische Rassismen:**
 - **Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze / Antiziganismus:** Communitybasierte Forschung muss intensiver eingebunden und ein verstärkter Fokus auf die Betroffenenperspektive sowie institutionelle Ausschlüsse gelegt werden.
 - **Anti-Schwarzer Rassismus:** Es gibt wiederholte CERD-Hinweise auf unzureichende differenzierte Datenerfassung. Deutliche Lücken weisen die Felder Gesundheit, Bildung und institutioneller Rassismus auf sowie ihre systematische Verknüpfung mit der Aufarbeitung kolonialer Verbrechen. Auch herrscht ein Missverhältnis zwischen gesellschaftlicher Relevanz und schwacher institutioneller/finanzieller Verankerung.
 - **Antimuslimischer Rassismus:** Trotz erster Studien fehlen etwa Analysen institutioneller und behördlicher Praxis sowie zentraler Lebensbereiche (u. a. Arbeit, Wohnen, Gesundheit) und längsschnittliche Evidenzen bspw. zu Bildungsbiografien.
 - **Antiosteuropäischer Rassismus:** Das Forschungsfeld steht noch am Anfang, und es fehlen grundlegende empirisch fundierte Arbeiten, die historische Kontinuitäten und aktuelle Dynamiken systematisch verknüpfen. Es besteht ein Bedarf an Grundlagenforschung und vertiefenden Studien zu zentralen Lebensbereichen, die vorhandene Erkenntnisse ausbauen und neue Teilaspekte erschließen.
 - **Antiasiatischer Rassismus:** Trotz historischer Kontinuität (Kolonialzeit, NS, DDR-Vertragsarbeit, rechtsextreme Ausschreitungen in Hoyerswerda/Rostock, Coronapandemie) wurde nur ein drittmittelgefördertes Projekt (pandemiebezogen, soziologisch) identifiziert. Es fehlen breitere, interdisziplinäre Studien und eine systematische Dokumentation von Vorfällen, um Ausmaß, Formen und Folgen der rassistischen Diskriminierung angemessen sichtbar zu machen.
- **Disziplinäre Desiderate:** In den Fachdisziplinen Wirtschaftswissenschaften, Geografie, Ethnologie, Kulturwissenschaft und in den Kunstwissenschaften konnte die Bestandsaufnahme kaum bis keine dezidiert rassismuskritischen Forschungsprojekte identifizieren. In der Rechtswissenschaft werden insbesondere die Leerstellen einer zivil- und strafrechtswissenschaftlichen Rassismusforschung deutlich. Auch dort ist vertiefende Forschung dringend nötig.

5. Ausblick: Potenziale der Institutionalisierung

Rassismus untergräbt die Gleichwertigkeit aller Menschen, produziert systematische Ausschlüsse und schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Rassismuskritik ist daher keine optionale Haltung, sondern eine demokratische Notwendigkeit. Das Fundament einer demokratischen Gesellschaft ist die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Doch ohne eine rassismuskritische Perspektive in Politik, Bildung, Verwaltung und Wissenschaft bleibt dieses Prinzip lückenhaft.

Die Rassismusforschung liefert evidenzbasierte Analysen und handlungsorientierte Impulse für Politik, Verwaltung, Bildung und Zivilgesellschaft. Angesichts ihrer Bedeutung für demokratische Resilienz, Innovationsfähigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt sollte sie als Forschungsfeld der Zukunft von nationaler Relevanz anerkannt, als Querschnittsthema über Disziplinen und Ressorts hinweg verankert und dauerhaft – strukturell wie projektbezogen – gefördert werden.

Im Koalitionsvertrag *Verantwortung für Deutschland* für die 21. Legislaturperiode bekennen sich die Regierungsparteien ausdrücklich zur Bekämpfung von „Rassismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen“ (CDU, CSU & SPD 2025: 104) sowie zu einer Hochschule, die unter anderem frei von Rassismus sein muss (ebd.: 72). Des Weiteren verpflichten sich die Koalitionspartnerinnen, „allen verfassungsfeindlichen Bestrebungen und jedweder Gewalt“ (ebd.: 85) entgegenzutreten. Genannt wird hier explizit Rechtsextremismus und damit implizit auch rassistische Gewalt.

Eine „Politik der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Vielfalt, Toleranz und Humanität“ (ebd.), wie sie im Koalitionsvertrag formuliert ist, erfordert folglich eine systematische und nachhaltige Förderung der Rassismusforschung sowie der zivilgesellschaftlichen antirassistischen Bildungsarbeit. Forschung zu Rassismus(kritik) liefert dafür wichtige empirische Grundlagen, um politische Maßnahmen evidenzbasiert zu gestalten und gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu begleiten.

Darüber hinaus bedarf es des Auf- und Ausbaus einer dauerhaften Forschungsinfrastruktur. Einen Beitrag dazu kann das im Koalitionsvertrag vorgesehene Sondervermögen Infrastruktur leisten, das laut Koalitionsvertrag als „Basis für Wohlstand, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes“ dienen soll (ebd.: 52). Rassismuskritik ist nicht allein ein Bildungsauftrag, sondern auch eine Grundvoraussetzung für institutionelle Integrität in demokratischen Gesellschaften – insbesondere in öffentlichen Einrichtungen, Behörden, Hochschulen und sicherheitspolitischen Strukturen.

Die WinRa-Bestandsaufnahme zeigt jedoch, dass die Rassismusforschung in Deutschland trotz einer kurzfristigen Konjunktur in ihrer Förderung zu Beginn der 2020er Jahre weiterhin unzureichend institutionalisiert ist. Somit ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus in all seinen Erscheinungsformen weder flächendeckend verankert noch langfristig abgesichert.

Um diesen strukturellen Defiziten zu begegnen und die Anschlussfähigkeit an internationale Forschung sicherzustellen, sind gezielte und dauerhaft angelegte Maßnahmen zur Stärkung der Forschung zu Rassismus(kritik) erforderlich.

6. Handlungsempfehlungen

Um die Rassismusforschung dauerhaft zu etablieren und strukturell zu stärken, sind zuvorderst folgende Maßnahmen erforderlich:

Konsolidierung der Förderarchitektur (Bund, Länder & DFG)

- Um Verlässlichkeit und Planungssicherheit zu schaffen, ist eine mehrjährige und eigenständige BMFTR-Förderrichtlinie für Rassismusforschung nötig, die neben Verbundprojekten ausdrücklich Infrastruktur- und Transfermodule voranbringt. Solange das Feld nicht konsolidiert ist, sind Anschubfinanzierungen zentral, um neue Standorte, Professuren und Netzwerke aufzubauen.
- Nachwuchsgruppen sollten mit klaren Tenure-Track-Modellen ausgestattet werden, damit aus befristeten Leitungen verstetigte Professuren entstehen können.
- Die Länder flankieren dies durch interdisziplinäre Zentren für Rassismusforschung sowie gezielte Lehrstuhl- und Juniorprofessur-Programme.
- Erforderlich sind auf DFG-Ebene ein Schwerpunktprogramm „Rassismus(kritik)“ und entsprechende Sonderforschungsbereiche, um wissenschaftliche Tiefe und Langfristigkeit sicherzustellen.

Ausbau der strukturellen Verankerung an Hochschulen

- Die Rassismusforschung benötigt Professuren mit expliziter Denomination in zentralen Disziplinen (u. a. Soziologie, Erziehungswissenschaft, Psychologie, Geschichts-, Kultur-, Medien-, Rechts- sowie Public-Health-Wissenschaften und Medizin).
- Es sollten interdisziplinäre Forschungszentren entstehen, die Forschung, Methodenentwicklung, Datenhaltung und Transfer bündeln.
- Auch sollten eigene Studiengänge bzw. Schwerpunktbereiche (BA/MA) für Rassismusforschung entwickelt werden, um nachhaltige Lehr- und Lernangebote für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu schaffen.
- Es braucht Initiativen für Sonderforschungsbereiche, die systematisch Institutionen und Praxisfelder (Bildung, Verwaltung/Polizei, Gesundheit, Medien, Arbeitsmarkt) adressieren.

Curriculare Verankerung und Weiterbildung

- Rassismus(kritik) ist in den Curricula einschlägiger Disziplinen verbindlich zu verankern, um Wissenslücken zu schließen und Abhängigkeiten von Einzelpersonen zu vermeiden. Dies gilt insbesondere für die Lehrer*innenbildung, die (höhere) Ausbildung von Polizei und Verwaltung, für Medizin/Public Health, Soziale Arbeit, Soziologie, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft sowie Medien- und Kommunikationswissenschaft.
- Flankierend sollen Fort- und Weiterbildungen für Lehrende und Praktiker*innen weiterentwickelt werden, um reproduktive Inhalte zu vermeiden und aktuelles Forschungswissen in die Ausbildung und berufliche Praxis zu überführen.

Sicherung von Nachwuchs und Qualifizierung

- Um das Forschungsfeld zu stabilisieren und internationale Anschlussfähigkeit herzustellen, braucht es Graduiertenkollegs mit interdisziplinärem Zuschnitt, regelmäßige Sommerakademien sowie eine Methodenwerkstatt, die qualitative, quantitative und Mixed-Methods-Designs sowie partizipative Verfahren gleichermaßen vermittelt.
- Strukturierte Mentoring-Programme und Tenure-Track-Modelle sichern Übergänge und Karrieren, insbesondere für Forschende mit Praxis- und Koproduktionsprofilen.

Stärkung der Fachgesellschaften

- In den relevantesten Fachgesellschaften (z. B. Soziologie, Erziehungswissenschaft, Medizin, Rechtswissenschaft, Kommunikations-/Medienwissenschaft) sind Sektionen bzw. Arbeitskreise zur Rassismusforschung einzurichten. Diese entwickeln Leitlinien zu Ethik, Datensouveränität und Koproduktion, fördern wissenschaftlichen Austausch (Tagungen, Preise, Journalschwerpunkte) und unterstützen den Transfer und die Profilbildung der Forschung zu Rassismus(kritik) in den jeweiligen Disziplinen.

Strategischer Ausbau der Internationalisierung

- Für die strukturierte Einbindung in europäische und globale Debatten braucht es die Institutionalisierung von Mobilitätsprogrammen, Forschungslabs, die Etablierung von Gastprofessuren sowie die Initiierung von Horizon-Europe-Konsortien, um europäische und globale Kooperationen in der vergleichenden Rassismusforschung auszubauen.

Darüber hinaus muss die Rassismusforschung auch im außeruniversitären Bereich weiter konsolidiert und stärker ausgebaut werden. Dazu gehört die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure in der communitybasierten Forschung und im Rassismusmonitoring, die Verstetigung des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors sowie die gezielte Förderung der Koproduktion zwischen Wissenschaft und Praxis. In Programmen sollten daher verbindliche Budgets und Honorare für zivilgesellschaftliche Partner festgeschrieben werden (Reisekosten, Übersetzung, Zeitressourcen), um Koproduktion strukturell abzusichern.

Eine besondere Rolle kommt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu, die im aktuellen Koalitionsvertrag als zentrale Akteurin für eine koordinierte Antirassismus-Strategie benannt wird. Vorgesehen ist eine Neuauflage des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus – „aufbauend auf einer wissenschaftsbasierten Rassismus-Definition, um Rassismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen zu bekämpfen“ (ebd.: 104). Damit wird die Notwendigkeit einer engen Verzahnung von Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft ausdrücklich anerkannt und die Rolle einer fundierten Rassismusforschung politisch gestärkt.

Ein weiterer Schwerpunkt zur nachhaltigen Stärkung der Rassismusforschung in Deutschland muss auf der Vernetzung und Bündelung von Wissen in diesem Themenfeld liegen. Regelmäßige Fachkonferenzen und einschlägige Veranstaltungen fördern den Austausch zwischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik und weiteren zentralen Akteuren gezielt. Ergänzend braucht es den Ausbau von Infrastrukturen und die Bereitstellung von Ressourcen zur Dissemination von Wissen, um dieses Wissen auch außerhalb einschlägiger Fachkreise zu verbreiten und nachhaltig zu verankern, wie es etwa das WinRa-Wissensarchiv anstrebt.

Zur Stärkung einer rassismus- und diskriminierungskritischen Wissenschaftskultur an Hochschulen ist es zudem notwendig, institutionelle Strukturen wie Antirassismusbeauftragte deutlich fester zu etablieren. Erste Analysen zeigen, dass bislang lediglich zwei Universitäten bundesweit entsprechende Stellen eingerichtet haben – ein klarer Hinweis auf bestehenden Handlungsbedarf. Dieser Auftrag wird auch durch den aktuellen Koalitionsvertrag gestützt, der festhält: „Rassismus, Antisemitismus und Israelfeindlichkeit haben keinen Platz an Schulen und Hochschulen.“ (Ebd.: 72) Angesichts steigender Zahlen zu rassistischen und rechtextremistischen Vorfällen und Straftaten (vgl. CLAIM 2025; BKA 2025) ist eine dauerhafte Förderung von Strukturen, die rassismuskritisches Arbeiten an Hochschulen und darüber hinaus absichern, somit nicht nur fachlich, sondern auch politisch dringend geboten.

Literatur

- **Aikins, M. A., Bremberger, T., Aikins, J. K. Gyamerah, D., Yıldırım-Caliman, D. (2021):** Afro-zensus 2020. Perspektiven, Anti-Schwarze Rassismuserfahrungen und Engagement Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland. Berlin: Each One Teach One (EOTO) e.V.; Citizens For Europe (CFE).
- **Auma, M. (2025):** Bestandsaufnahme der Sozialen Arbeit.
<https://www.winra.org/wissensarchiv/details/bestandsaufnahme/soziale-arbeit>
- **Bojadžijev, M. (2022): Rassismusforschung in Deutschland: Prekäre Geschichte, strukturelle Probleme, neue Herausforderungen.** Interview zur Eröffnung des Tagungsbandes. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Tagungsband zur Online-Fachtagung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus“, Band 11. Jena, S. 14–23.
- **Bundeskriminalamt (BKA) (2025):** Polizeiliche Kriminalstatistik 2024. Ausgewählte Zahlen im Überblick. Berlin: Bundesministerium des Innern und für Heimat.
https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI25028_pks-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=8
- **Bundesregierung (2018):** Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 19. Legislaturperiode. Berlin.
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/koalitionsvertrag-zwischen-cdu-csu-und-spd-195906>
- **Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU) und Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (2025):** Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode. Berlin.
<https://www.koalitionsvertrag2025.de/>
- **CLAIM (2025):** Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus – Antimuslimische Vorfälle in Deutschland 2024. Berlin. https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2025/06/claim_lagebild-2024_zusammenfassung-stand-17.6.25-1.pdf?x57670
- **Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (2023):** Rassismus und seine Symptome: Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors mit dem Schwerpunkt Gesundheit, Berlin. <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/rassismus-und-seine-symptome/>
- **Expert*innenrat Antirassismus (2025):** Arbeitsdefinition Rassismus des Expert*innenrats Antirassismus. Berlin: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus.
<https://www.integrationsbeauftragte.de/resource/blob/1864320/2337298/867de-6459981a576f7887dec3363ecb2/broschuere-rassismusdefinition-data.pdf?download=1>
- **Foroutan, N. (2019):** Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: transcript Verlag.
- **Kogan, I., Karakayali, S. und Schabinger, J. (2025):** Bestandsaufnahme der Soziologie.
<https://www.winra.org/wissensarchiv/details/bestandsaufnahme/soziologie>
- **Ouma, S. (2025a):** Bestandsaufnahme der Wirtschaftswissenschaften.
<https://www.winra.org/wissensarchiv/details/bestandsaufnahme/wirtschaftswissenschaften>
- **Ouma, S. (2025b):** Bestandsaufnahme der Geografie.
<https://www.winra.org/wissensarchiv/details/bestandsaufnahme/geografie>

- **Petersen, H. C. und Panagiotidis, J. (2022):** Geschichte und Gegenwart des antiosteuropäischen Rassismus und Antislawismus. Berlin: bpb.de. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/regionalprofile/509853/geschichte-und-gegenwart-des-antiosteuropaeischen-rassismus-und-antislawismus/>
- **Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2020):** Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. Berlin: Bundesregierung. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1819984/4f1f9683cf-3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf?download=1>
- **Rahimian P., Payandeh M. und Ncube D. (2025):** Bestandsaufnahme der Rechtswissenschaft. <https://www.winra.org/wissensarchiv/details/bestandsaufnahme/rechtswissenschaft>
- **Rühlmann, L. und Mecheril, P. (2025):** Bestandsaufnahme der Erziehungswissenschaft. <https://www.winra.org/wissensarchiv/details/bestandsaufnahme/erziehungswissenschaft>
- **Statistisches Bundesamt (Destatis) (2025):** Hochschulpersonal nach Bundesländern und Personalgruppen. Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Tabellen/personal-hochschulen.html>
- **Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (2023):** Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit: Muslimfeindlichkeit – eine deutsche Bilanz. Berlin: Bundesministerium des Innern und für Heimat. https://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Studien/uem-abschlussbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=12
- **Unabhängige Kommission Antiziganismus (2021):** Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus. Berlin: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. <https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/bericht-kommission-antiziganismus-2233366>
- **Wissensnetzwerk Rassismusforschung (WinRa) (2025):** Kooperation und Koproduktion in der Rassismusforschung: Für eine gemeinsame Wissensproduktion. Gelingensbedingungen für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Zivilgesellschaft aus der Perspektive zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). <https://www.winra.org/aktuelles/kooperation-und-koproduktion-in-der-rassismusforschung-fuer-eine-gemeinsame-wissensproduktion>
- **Zimmerer, J. und Odenwald, F. (2025):** Bestandsaufnahme der Geschichtswissenschaft. <https://www.winra.org/wissensarchiv/details/bestandsaufnahme/geschichtswissenschaft>

IMPRESSUM

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e. V., 2025. Alle Rechte vorbehalten.

Ahmad, Aisha-Nusrat; Aslan, Roman-Koska; Haußner, Roian; Jani, Samira (2025): Zwischen Prekarität und Institutionalisierung. Eine Bestandsaufnahme der Rassismusforschung in Deutschland (2015–2025). WinRa-Bericht 2025, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung.

Der Bericht gibt die Auffassung der Autor*innen wieder.

Stand: November 2025

Herausgeber



Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.

Mauerstraße 76

10117 Berlin

+49 (0)30 2007 54 130

presse@dezim-institut.de

www.dezim-institut.de

Autor*innen

Dr. Aisha-Nusrat Ahmad, Roman-Koska Aslan, Roian Haußner und Samira Jani

Wissenschaftliche Projektleitung

Dr. Aisha-Nusrat Ahmad und Roman-Koska Aslan

Redaktion

Eleni Pavlidou

Satz und Grafiken

Sven Knauth

Druck

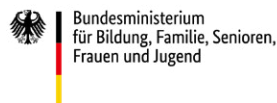
Kern GmbH

ISBN

978-3-911716-25-3

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikten, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu Rassismus. Es besteht aus dem DeZIM-Institut und der DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Das DeZIM-Institut hat seinen Sitz in Berlin-Mitte. In der DeZIM-Forschungsgemeinschaft verbindet sich das DeZIM-Institut mit sieben anderen Einrichtungen, die in Deutschland zu Migration und Integration forschen. Das DeZIM wird durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert.

Gefördert vom



Das diesem Bericht zugrunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt unter dem Förderkennzeichen 01UG2228A gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.

Gefördert durch:

